



HAMBURGER GESPRÄCHE
für Naturschutz

2008

Ende der Vielfalt?

MICHAEL OTTO
STIFTUNG



Ende der Vielfalt?

Ein Symposium über die
Folgen des wachsenden
Nutzungsdrucks auf Natur
und Landwirtschaft

Vorwort Dr. Michael Otto	4
Beiträge	6
Die zentralen Herausforderungen für die Weltlandwirtschaft Alexander Müller	8
Strategien für eine nachhaltige Nutzung der Natur Jochen Flasbarth	14
Möglichkeiten eines Miteinanders von Landwirtschaft und Naturschutz Olaf Tschimpke	20
Beitrag der Landwirtschaft zur Sicherung der Biodiversität Carl-Albrecht Bartmer	26
Chancen der EU-Politik zur Sicherung der Biodiversität im Agrarsektor Prof. Dr. Klaus-Dieter Borchardt	32
Ausblick und Diskussion	38
Podiumsdiskussion	40
Die Hamburger Gespräche für Naturschutz	48
Michael Otto Stiftung für Umweltschutz	50
Impressum und Bildnachweise	51



Vorwort

Dr. Michael Otto, Vorsitzender des Kuratoriums der Michael Otto Stiftung für Umweltschutz



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich denke, ich werde den meisten von Ihnen aus dem Herzen sprechen, wenn ich sage, das Leben ist schön. Damit meine ich nicht nur das individuelle Geschenk des Lebens, das jedem von uns gemacht wurde, um damit verantwortlich umzugehen. Nein, ich meine an dieser Stelle vor allem die unglaublich vielfältigen Ausdrucksformen, die das Leben über Hunderte von Millionen Jahren geformt hat und die uns, die wir erst seit einigen wenigen Augenblicken der Erdgeschichte diesen Planeten bevölkern, in der schier unendlichen Zahl der natürlichen Lebensformen entgegentreten. Denken wir nur an die schillernde Pracht eines Korallenriffs, die Dynamik des Lebens in der afrikanischen Savanne oder an den Zug und den Gesang der Kraniche an einem stürmischen Herbsttag.

Ich brauche sie nicht heraufzubeschwören, die Schönheit der Natur. Sie alle werden Ihr ganz eigenes Bild vor Augen haben, das belebte Vielfalt symbolisiert und das zu verlieren Ihnen als ein überaus schmerzlicher Verlust erscheinen würde. Aber obwohl wir alle die Vielfalt des Lebens bewundern, sie achten, ja vielleicht sogar lieben, leisten wir uns dennoch ein Verhalten, dem zwischen dem Jahr 1970 und heute rund 30 Prozent aller natürlichen Lebensformen zum Opfer gefallen sind. Wenn sich das Zerstörungswerk in dieser Geschwindigkeit fortsetzt, wird bis zur Mitte dieses Jahrhunderts rund die Hälfte der Arten aus der Zeit vor 1970 verschwunden sein; also innerhalb von nur 80 Jahren.

Sich mit dem Gedanken trösten zu wollen, es habe schon immer ein natürliches Artensterben stattgefunden, Arten kämen und gingen, verfängt hier nicht. Der aktuelle Verlust übersteigt die natürliche Rate um das Einhundert- bis Eintausendfache. Nein, es hilft nichts, wir müssen bekennen: Wir, die Menschen, tragen hierfür die Verantwortung und müssen uns selbst Rechenschaft geben. Denn wenn erst einmal der Point of no Return für eine Art erreicht wurde, kommt jede Hilfe zu spät. Aktienkurse können wieder steigen, Verluste in Flora und Fauna hingegen sind irreversibel.

Dabei hat biologische Vielfalt keineswegs nur einen ästhetischen Wert. Zur Klarstellung: Die weltweite Abholzung der Wälder kostet uns Schätzungen zufolge zwischen zwei und fünf Billionen Euro – pro Jahr. Die Verluste der Fischereiwirtschaft als Folge der Überfischung der Weltmeere belaufen sich nach aktuellen Schätzungen auf rund 50 Milliarden US-Dollar, ebenfalls pro Jahr.

Aber einfache Lösungen liegen nicht auf der Hand. Im Gegenteil: Wir sehen uns mit einer schwierigen Gemengelage konfrontiert. Auf der einen Seite brauchen wir ein starkes weltweites Wirtschaftswachstum, um gesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen und

zu halten, gerade auch in Entwicklungsländern. Auf der anderen Seite erfolgt dieses Wachstum größtenteils auf Kosten der Natur. Auf der einen Seite steigt die Nachfrage nach Lebensmitteln kontinuierlich mit der wachsenden Weltbevölkerung – 35 Prozent der weltweiten Landfläche sind bereits in Agrarland umgewandelt, 26 Prozent der Flächen werden für Viehzucht benutzt. Auf der anderen Seite gefährdet eine zunehmend intensive Landwirtschaft den Erhalt der Biodiversität. Die große Nachfrage nach Biotreibstoffen erhöht den Nutzungsdruck zusätzlich.

„Das Ende der Vielfalt?“ – ein Symposium über die Folgen des Nutzungsdrucks auf Natur und Landwirtschaft. Dieses Thema haben wir uns für die diesjährigen Hamburger Gespräche gestellt. Das Fragezeichen ist natürlich bewusst gesetzt. Es steht für die Hoffnung, dass es uns gelingen kann, den fatalen Trend zu stoppen und womöglich umzudrehen. Dafür ist mehr gefragt als Konferenzen einzuberufen, Konventionen zu verabschieden oder sich hehre Ziele zu stecken wie jenes der EU aus dem Jahre 2001, bis zum Ende dieses Jahrzehnts den Artenverlust innerhalb der EU zu stoppen; ein Ziel, das heute so unerreichbar erscheint wie eine dopingfreie Tour de France.

Was jetzt gefragt ist, ist Handeln. Denn ebenso wie die globale Erwärmung, die Verknappung der natürlichen Ressourcen oder die Ernährungskrise gehört die Bewahrung der Vielfalt der natürlichen Lebensformen ganz nach oben auf die umwelt-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Agenda. Keines dieser Themen kann isoliert betrachtet werden – sie gehören zusammen, bedingen sich und verstärken sich gegenseitig in ihrer Ursache ebenso wie in ihrer Wirkung. Zu dieser dringend notwendigen, umfassenden Diskussion wollen wir mit unserer Veranstaltung einen kleinen Beitrag leisten.

Aber die Michael Otto Stiftung wird nicht nur eine Plattform bieten. Wir wollen uns in dieses Thema zukünftig auch als Akteur einbringen, ähnlich wie wir es in den Bereichen Klima- und Wattenmeerschutz als eine direkte Folge unserer entsprechenden Veranstaltungen bereits tun. In beiden Aktionsfeldern versuchen wir auf Basis einer eigenen Position, Mitstreiter für die Durchsetzung langfristiger Ziele zu gewinnen. Dafür stehen die Initiative „2° – Deutsche Unternehmer für Klimaschutz“ und der „Wattenmeerdialog“, den wir im Rahmen des internationalen Küstenzonenmanagements gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium und dem Bundesamt für Naturschutz vorantreiben. Der Vorstand meiner Stiftung hat bereits damit begonnen, im Themenfeld Biodiversität eine eigene Position zu erarbeiten. Dabei werden wir durch hervorragende Fachleute aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft unterstützt. Und auch von der heutigen Veranstaltung erwarten wir uns für unsere Arbeit wichtige weiterführende Impulse.

Beiträge



Die biologische Vielfalt zu erhalten, ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Dabei kommt der Landwirtschaft eine besondere Rolle zu: Sie ist der intensivste Nutzer der natürlichen Ressourcen und beeinflusst damit den Zustand der Natur wie kein anderer Wirtschaftszweig. Wie kann sie angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen dem Artenschutz besser gerecht werden? Während der Druck auf die bereits genutzten wie auch auf die bislang ungenutzten Böden kontinuierlich steigt, müssen rasch Wege gefunden werden, die ein Miteinander von Nutzen und Schützen ermöglichen.

Die zentralen Herausforderungen für die Weltlandwirtschaft

Alexander Müller, Beigeordneter Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, FAO

Alexander Müller

Alexander Müller, 53, ist Beigeordneter Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, FAO. Von 1992 bis 1995 war der Diplom-Soziologe Staatssekretär im hessischen Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und saß anschließend für die Grünen im hessischen Landtag. 2001 wechselte er als Staatssekretär ins Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und 2006 in die FAO.



Die Weltagrar- und die Ernährungswirtschaft stehen in den nächsten Jahrzehnten vor großen Herausforderungen. Es gilt, genügend Nahrung für eine weiterwachsende Weltbevölkerung zu produzieren. Dies muss auf nachhaltige Weise geschehen – und die schwer einschätzbaren Bedingungen des Klimawandels berücksichtigen.



Um zu verstehen, welche schwierigen Aufgaben auf die Weltlandwirtschaft in den nächsten Jahrzehnten zukommen, muss man sich zuallererst das voraussichtliche Bevölkerungswachstum vor Augen führen. Derzeit leben 6,2 Milliarden Menschen auf der Erde. Bis 2050 wird sich

ihre Zahl auf etwa neun Milliarden erhöhen und auf dieser Größenordnung einpendeln. Die Weltbevölkerung wird ausschließlich in den Entwicklungsländern um knapp drei Milliarden Menschen wachsen, und zwar in den Städten. Es werden erstmals in der Geschichte der

Menschheit mehr Menschen in den Städten leben als auf dem Land. Ein Beispiel: In Äthiopien leben zurzeit rund 80 Millionen Menschen. Nach UN-Prognosen werden es 2050 etwa 180 Millionen sein, die hauptsächlich in den großen Städten des Landes leben werden.

Der Hunger nimmt wieder zu

Um diese wachsende Weltbevölkerung ausreichend zu ernähren, muss die Welt zwischen 60 und 80 Prozent mehr Nahrungsmittel erzeugen. Schon heute hungern weltweit Millionen von Menschen. Ihre Zahl war bis 2005 einige Jahre konstant und lag bei etwa 850 Millionen. Wegen der hohen Lebensmittelpreise gibt es heute aber mehr Hungernde auf der Welt: 2007 stieg ihre Zahl um 75 Millionen und 2008 um rund 40 Millionen. Die FAO schätzt, dass derzeit 963 Millionen Menschen hungern. Die Zahl ist ein schwerer Rückschlag für die internationa-



le Gemeinschaft, denn die Nahrungsmittelkrise hat alle Erfolge der letzten Jahre in der Hungerbekämpfung zunichte gemacht. Das Ziel, den Hunger deutlich zu verringern, scheint in weite Ferne gerückt zu sein.

Die Gründe für die hohen Lebensmittelpreise sind vielfältig: Dürreperioden in einigen großen Exportländern für Agrargüter, eine zunehmende Nachfrage in den Schwellenländern Indien und China, die zeitweise gestiegenen Ölpreise und die Flächenkonkurrenz zwischen Lebensmittel- und Biomasseproduktion haben in den letzten Jahren zu dem drastischen Anstieg geführt. Absolut gesehen gab es zwar bereits früher einmal deutlich höhere Preise für Nahrungsmittel. Trotzdem – und das wirkt sich gerade auf die Entwicklungsländer aus – hat es in den letzten Jahren eine Serie dramatischer Teuerungsraten gegeben. 2006 waren es zwölf Prozent Preisanstieg, 2007 schon 24 Prozent, und wenn man die Monate Januar bis April 2007 mit 2008 vergleicht, 52 Prozent. Einzelne landwirtschaftliche Produkte waren von der Preisspirale besonders betroffen. Weizen beispielsweise kostete letztes Jahr 120 Prozent mehr als im Vorjahr.

Flächenkonkurrenz durch Bioenergie

Als Preistreiber wirkt auch der steigende globale Bedarf an Energie. 2004 haben die Nicht-OECD-Länder zum ersten Mal mehr Energie verbraucht als die OECD-Länder. Die internationale Energiebehörde geht davon aus, dass sich die Energienachfrage in den nächsten 30 bis 40 Jahren verdoppeln wird. Sollte es nicht gelingen, diesen Bedarf anders zu decken als mit Kohle und Mineralöl, können die Klimaschutzziele nicht einmal annähernd erreicht werden.

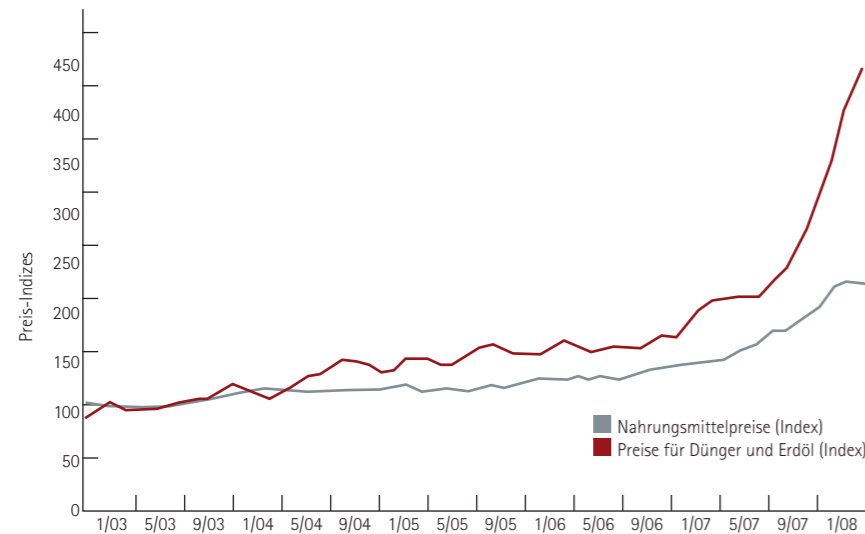
Was heißt das für die Produktion von Bioenergie? Der Anteil von Bioethanol und Biodiesel am Weltenergiebedarf beträgt heute gerade einmal zwischen 0,5

und einem Prozent und bei den flüssigen Treibstoffen etwa zwei bis 2,5 Prozent. Dies macht deutlich: Wenn die Nachfrage wie prognostiziert zunimmt, werden wir das Versorgungsproblem nicht mit Biodiesel und Bioethanol lösen können. Energieeffizienz und andere Erzeugungsstrukturen müssen dann im Vordergrund stehen. Ein Beispiel: In den Vereinigten Staaten gingen 2007 22 Prozent der Maisernte in die Produktion von Bioethanol. Soll diese weiterhin gesteigert werden wie geplant, dann werden es 2012 bereits 42 Prozent sein. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Produktion von flüssiger Bioenergie in den OECD-Ländern ohne hohe Subventionen nicht möglich ist. Ihr Anteil am gesamten Energiemarkt und ihre Wir-





Entwicklung der Nahrungsmittelpreise und der Preise für Dünger und Erdöl



kung für den Klimaschutz sind immer noch marginal – nicht aber die Auswirkung auf Rohstoffpreise und Ernährungssicherheit.

Betroffen sind vor allem die Ärmsten

Untersuchungen der FAO haben gezeigt, dass es von Albanien bis Bangladesch immer die ärmsten Haushalte sind, die am meisten unter den Preissteigerungen leiden. Dabei sind die Frauen am stärksten betroffen. Die Armut dieser Haushalte ist bedrückend, sie haben schlichtweg keinen finanziellen Spielraum, um höhere Preise bezahlen zu können. Besonders in den städtischen Gebieten bedeuten höhere

Preise Hunger. Und der nimmt dort in den letzten Jahren zu – dies ist ein neues Phänomen. In den Ballungszentren, in denen Menschen mit etwa einem Dollar am Tag leben müssen, kommt es immer öfter zu Hungerrevolten. Die Städter protestieren, und das spüren die Regierungen unmittelbar. Nach Angaben der Weltbank ist es bereits in 33 Ländern zu Unruhen und Instabilität aufgrund hoher Lebensmittelpreise gekommen. Wir werden es in den kommenden Jahren wegen der wachsenden Weltbevölkerung und der zunehmenden Verstärkung mit einem Problem zu tun haben, das sich auf die nationale und globale Sicherheitsarchitektur auswirken wird.

Wie reagieren die Agrarmärkte?

Laut FAO hat die landwirtschaftliche Produktion in den Industrieländern 2008 um fast zehn Prozent zugenommen, während sie in den Entwicklungsländern um nur etwa ein Prozent wuchs. Das heißt, die Märkte in den Entwicklungsländern reagieren kaum auf die höheren Preise – aus vielerlei Gründen. So haben sich Düngemittel zwischen 2006/2007 und 2007/2008 um 98 Prozent verteuert; bei Saatgut betrug die Preissteigerung 72 und bei Tierfutter 60 Prozent. Diese Verteuerungen bedrohen die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern existenziell. Viele Kleinbauern können sich nicht einmal mehr regional erzeugtes Saatgut leisten. Die FAO befürchtet, dass deshalb gerade in den ärmsten Ländern die Produktion zurückgehen wird.

Ein weiteres Problem: Viele Regierungen in den Entwicklungsländern haben in der Lebensmittelkrise die Preise aktiv gedrückt, mit dem negativen Nebeneffekt, dass es an Anreizen fehlt, die Produktion zu erhöhen. Insgesamt wirken hier also komplizierte, miteinander verflochtene Mechanismen von Weltmarkt, Preisentwicklung und nationalen Politiken.

FAO und OECD gehen davon aus, dass nach den Preissteigerungen des vergangenen Jahres die Lebensmittelpreise wieder

sinken werden. Für die europäischen Bauern ist dies nicht gerade die beste Nachricht. Die Preise werden sich aber auf einem Niveau einpendeln, das deutlich höher liegt als zwischen 2000 und 2005.

Was den Reichtum auf der Erde anbelangt, holen die Entwicklungsländer – zumindest in absoluten Zahlen – auf. Länder wie China oder Indien, mit einem teilweise zweistelligen Wirtschaftswachstum,

damit, dass die Menschen besonders in den Entwicklungsländern mehr tierische Nahrungsmittel verbrauchen werden – mit erheblichen Auswirkungen auf Wasser-, Land- und Energieverbrauch sowie die



Ernährungssicherheit und Konsummuster

Langfristig betrachtet wird sich die Ernährungssicherheit nur in einigen Regionen verbessern, dies besagen Prognosen der FAO. Heute hungern in Asien 520 Millionen Menschen, in Afrika südlich der Sahara etwa 220 bis 230 Millionen, die Ernährungsprobleme werden hier andauern.

werden 2030 ihren Anteil am Gesamtbrutto sozialprodukt der Welt von heute etwa 20 auf 34 Prozent erhöhen. Dies wird auch die Ernährungssituation in einigen Regionen verbessern. Der weltweite durchschnittliche Kalorienverbrauch wird von derzeit 2.500 auf etwa 2.800 pro Person und Tag im Jahr 2030 steigen. Mit dem Wirtschaftswachstum verändern sich auch die Konsummuster. Die FAO rechnet



Infrastruktur. Je nach Fleischsorte müssen für eine produzierte Kalorie tierischen Ursprungs bis zu sieben pflanzliche Kalorien verfüttert werden. Und für die Produktion von einem Kilogramm Rindfleisch werden bis zu 15.000 Liter Wasser verbraucht. Diese Beispiele zeigen, welche gravierenden Folgen die zu erwartende Veränderung der Konsummuster befürchten lässt.



Reichen die Ressourcen Wasser und Land?

Die Landwirtschaft verbraucht weltweit am meisten Wasser, und der Verbrauch steigt weiter. Der Klimawandel wird sich erheblich auf die begrenzten Wasserressourcen auswirken. Landwirtschaft, Industrie und private Haushalte werden stärker um Wasser konkurrieren. Wird es aber genügend Wasser für eine zunehmende landwirtschaftliche Produktion geben? Schon heute verbrauchen die Länder des Nahen Ostens, Nordafrikas und Südasien über 50 Prozent ihrer erneuerbaren Wasservorräte – und diese Tendenz steigt. In

diesen Regionen wird es Konflikte um wertvolles Süßwasser geben, wenn die landwirtschaftliche Produktion weiter zunimmt und der Klimawandel die Wasservorräte bedroht.

Ähnliches gilt für den Boden: In Süd-asien oder dem Nahen Osten werden bereits fast alle brauchbaren Böden genutzt. In Lateinamerika oder in afrikanischen Ländern dagegen gibt es noch landwirtschaftlich nutzbare Flächen. Allerdings stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, diese Böden tatsächlich zu nutzen. Häufig fehlt es dort an Wasser, oder die Flächen bringen eine sehr hohe

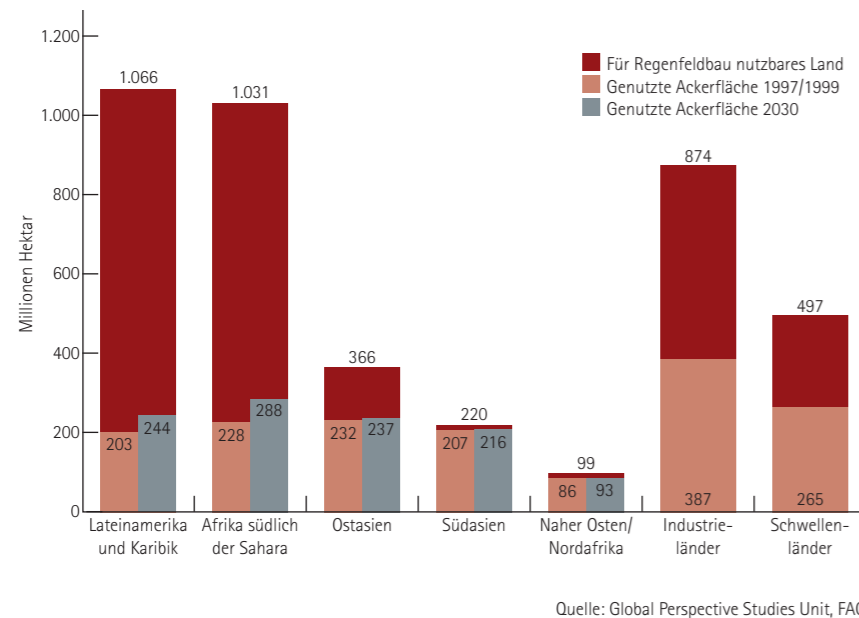


und wertvolle biologische Vielfalt hervor. In jedem Einzelfall gilt es abzuwägen, welche anderen, möglicherweise schützenswerten Güter oder Funktionen beeinträchtigt werden, sollten auch diese Böden landwirtschaftlich genutzt werden.

Herausforderung Klimawandel

Verschiedene Studien haben gezeigt, dass sich der Klimawandel bedrohlich auf die zukünftige Ernährungssituation auswirken kann. Die Maisproduktivität südlich der Sahara könnte beispielsweise um 40 Prozent sinken, sollte sich die Landwirtschaft nicht an den Klimawandel anpassen. Mit solchen Anpassungsmaßnahmen lassen sich Produktivitätsverluste vielleicht um 20 Prozent verringern. Dabei ist aber nicht zu vergessen, dass der Bevölkerungsdruck durch weitere drei Milliarden Menschen anhalten und die Probleme verschärft werden.

Für Ackerbau genutzte und nutzbare Flächen



Die Landwirtschaft und insbesondere die zunehmende Entwaldung sind mit die größten Emittenten von klimarelevanten Gasen. 30 bis 40 Prozent aller Treibhausgasen entstehen hier. Sehr wichtig ist auch der Ausstoß von Lachgas (NO₂) etwa über die Düngung oder das Beackern von Feldern. NO₂ hat die vielfache Klimawirksamkeit von CO₂.

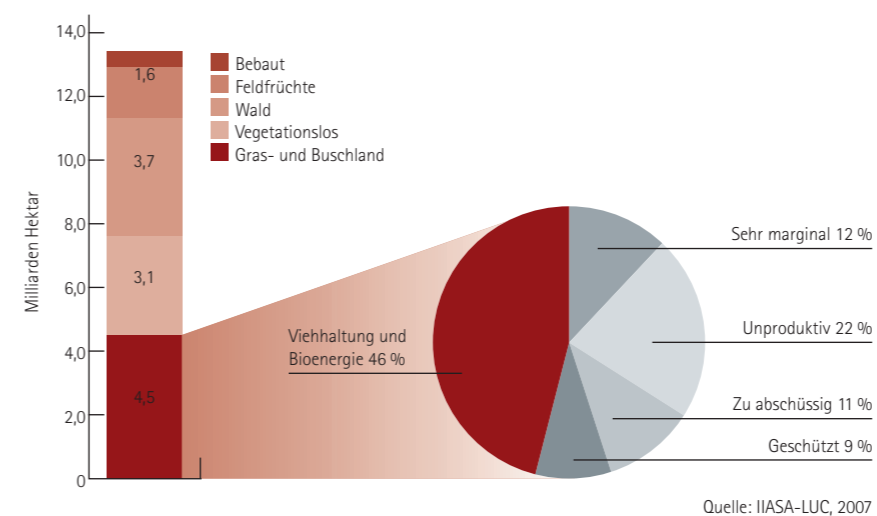
Die Menschheit steht also vor einer enormen Aufgabe: mehr Lebensmittel deutlich klimaschonender als bisher zu produzieren und dabei gleichzeitig die nötigen Anpassungen an den Klimawandel vorzunehmen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir weder die Ernährungsprobleme dieser Welt noch die Umweltprobleme lösen werden, wenn es uns nicht



gelingt, Landwirtschaft und Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz enger zusammenzubringen. Ohne diese Synergie, ohne innovative Lösungen, ohne stär-

kere Investitionen in die Landwirtschaft und die angepasste Agrarforschung werden wir weder die wachsende Weltbevölkerung ernähren noch den Verlust an Biodiversität stoppen können. Gleichzeitig kann mit einer umweltverträglichen Landwirtschaft auch die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen nachhaltiger gestaltet werden. Die Herausforderungen sind groß, wir können sie aber bewältigen!

Wie viel Land steht zur Verfügung?



Strategien für eine nachhaltige Nutzung der Natur

Jochen Flasbarth, Leiter der Abteilung Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Jochen Flasbarth

Jochen Flasbarth, geboren 1962, studierte Volkswirtschaft, Politikwissenschaft und Philosophie in Münster und Bonn. Nach einer Tätigkeit als Lektoratsleiter beim Economica-Verlag war er von 1994 bis 2003 hauptamtlicher Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU). Seit 2003 ist Flasbarth Abteilungsleiter für Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Die Michael Otto Stiftung für Umweltschutz berät er seit 1993 als Kuratoriumsmitglied.



Die Staatengemeinschaft wird ihr Ziel, den Verlust von Biodiversität bis 2010 zu stoppen, nicht erreichen. Nach wie vor ist Landwirtschaft eine der zentralen Bedrohungen der Vielfalt. Die Abkehr von den klassischen Agrarsubventionen hin zu einer Förderung des ländlichen Raumes im breitesten Sinne, ein integrierter Naturschutz in allen Politikbereichen und faire Regeln für den Zugang zu natürlichen Ressourcen können den Trend umkehren.



Bei der Zeitungslektüre habe ich kürzlich gelernt, dass Inkas die Fähigkeiten zukünftiger Schwiegertöchter anhand einer besonderen Kartoffelsorte testeten. Sie war knollig und zerfrant, und nur wenn die Braut es schaffte, sie ganz sauer zu schälen, war sie reif für die Ehe. Heute gibt es in Lima ein Kartoffelzentrum, in dem das Saatgut von 4.500 Sorten aufbewahrt wird. Sorten, die heute nur noch teilweise der Ernährung, teilweise aber auch pharmazeutischen Zwecken dienen. Tatsache ist, dass diese über die Jahrhunderte entstandene Vielfalt in viel größerem Umfang für Medikamente, als Rohstoffbasis oder zur Energiegewinnung genutzt werden könnte. Zum großen Teil sind die Verwendungsmöglichkeiten der dort lagernden Sorten nämlich noch gar nicht erforscht. Und hier knüpfe ich direkt an den Beitrag von Alexander Müller an:



Überall auf der Welt sind Forscher unterwegs, die versuchen, aus dem, was wir an Vielfalt haben, mehr zu machen. Durch Rückgriff auf alte Sorten und durch Züchtung. Der Antrieb all dieses Tuns ist immer der gleiche: Eine wachsende Weltbevölkerung will ernährt werden. In immer mehr Regionen werden die Bedürfnisse der Menschen steigen: nach Nah-

rungsmitteln, nach Energie, nach Rohstoffen und eben auch nach Natur und natürlichen Ressourcen. Das bedeutet, dass das Konfliktpotenzial zwischen diesen Bereichen zwangsläufig steigen wird. Wie Alexander Müller sehr richtig gesagt hat: Wir können all dies nur lösen, wenn Naturschutz und Landwirtschaft in Zukunft zusammengehen. Aber wir sind uns

sicherlich auch darüber im Klaren, dass das nur mit sehr viel Intelligenz und politischem Gespür gelingen wird.

Natur auf dem Rückzug

Wie sieht es nun mit der Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion aus? Ich sage mal zugespitzt: Die Landwirtschaft in unserem eigenen Land wie in der EU insgesamt ist nach wie vor einer der Haupttreiber des Biodiversitätsverlusts. Sie ist auch ein wichtiger Treiber des Klimawandels, fast so bedeutsam wie der Straßenverkehr. Und trotzdem bezieht sie nach wie vor 40 Milliarden Euro EU-Subventionen im Jahr, die dieses System aufrechterhalten. Das ist nicht unbedingt das, was man mit Nachhaltigkeit assoziiert. Die Frage ist: Wie bringen wir biologische Vielfalt und Landwirtschaft näher zusammen?

Bevor ich dieser Frage weiter nachgehe, ein paar Schlaglichter auf den Zustand der biologischen Vielfalt weltweit und auch im eigenen Land: Die Weltnaturschutzunion IUCN hat in Barcelona gerade ihre neuesten Erkenntnisse zu den gefährdeten Arten vorgelegt. Für Fachleute war es nicht weiter überraschend, dass deren Zahl erneut gestiegen ist. Der Zustand der biologischen Vielfalt in der Welt ist schlecht, und er hat keine positive Entwicklungstendenz – das ist das Erschreckende. Das gilt auch für Deutschland. Auch bei uns sind die Roten Listen

nicht kürzer, sondern in der Tendenz länger geworden. Es gibt allerdings – und das will ich gleichsam nicht verschweigen – einige positive Beispiele. Der Rotmilan beispielsweise wird gerade erstmals aus der Roten Liste Deutschlands entlassen. Eine Art, die bei uns schwerpunktmäßig vorkommt und für die wir eine weltweite Verantwortung haben. Und trotzdem: Wie uns der WWF in seiner Studie „Living Planet“ kürzlich vorgeführt hat, ist der gesamte Ressourcenverbrauch, die Übernutzung der Natur dramatisch. Wenn wir

Der Wert der Vielfalt

Die Staatengemeinschaft hat diese Probleme erkannt und 2002 in Johannesburg beschlossen, den Rückgang der Biodiversität zu bremsen. Kein wirklich hartes Ziel – nicht mit klaren Zahlen, wie wir das vom Klimaschutz gewöhnt sind – aber immerhin eine Richtung, die von den Staats- und Regierungschefs vorgegeben ist: Wir wollen etwas tun, um der Zerstörung Einhalt zu gebieten! Nun sind es noch zwei Jahre bis 2010, und auch wenn wir keine exakten Daten vorliegen haben,



nichts ändern, bräuchten wir bereits im Jahre 2035 einen zweiten Planeten, um unseren Lebensstil weiterzuführen. Die schlichte Wahrheit ist: diesen zweiten Planeten haben wir nicht!

ist es doch offensichtlich, dass wir dieses Ziel weltweit verfehlen werden. So sucht Deutschland als Inhaber der Präsidentschaft der Biodiversitäts-Konvention (CBD) zurzeit händeringend nach guten Beispielen, nach Regionen, in denen es



gelingen ist, den Verlust an biologischer Vielfalt aufzuhalten. Im Jahr 2010 wollen wir – wenn es möglich ist – gerne auch etwas präsentieren, an dem man sich orientieren und von dem man lernen kann. Ich glaube, wenn man ein überwiegend

biologischen Ressourcen (Access) und das faire Teilen des Nutzens der biologischen Vielfalt (Benefit-Sharing) angeht. Wir sind auf dem Weg hin zu einem internationalen Rechtsregime einen deutlichen Schritt vorangekommen. Das ist für das

Fortschritte gab es bei der Finanzierung des Naturschutzes: Bis 2012 stellt Deutschland eine halbe Milliarde Euro zusätzlich und danach jährlich eine halbe Milliarde für den Erhalt der biologischen Vielfalt in den Entwicklungsländern bereit. Diese Mittel werden aus den Erlösen des Emissionshandels generiert, und damit haben wir richtigerweise den Biodiversitäts- mit dem Klimaschutz verbunden.

Die energische Herangehensweise, die wir beim Benefit-Sharing erreicht haben, brauchen wir nun auch bei der dritten Säule der Biodiversitäts-Konvention – der nachhaltigen Nutzung. Ich möchte an dieser Stelle sehr deutlich sein: 16 Jahre nach Rio sind wir von Nachhaltigkeit in der Landnutzung Galaxien entfernt. Es gibt zwar gute Beispiele, aber nachhaltige Produktion ist weltweit definitiv nicht die Regel. Genau dahin müssen wir jedoch dringend kommen, insbesondere wenn man die Bevölkerungsentwicklung und den zusätzlichen Bedarf an Ressourcen vor Augen hat. Die deutsche Bundesregierung hat ganz richtig erkannt, dass wir hier mit einem separaten Ansatz der Politikbereiche nicht mehr vorankommen. Der Schutz der biologischen Vielfalt scheiterte in den letzten Jahrzehnten ja nicht etwa an einem schlechten Naturschutz. Er scheiterte daran, dass er ausschließlich die Aufgabe der Naturschützer war, während der



deprimierendes Ergebnis vor Augen hat, ist es gut, Leuchttürme zu finden, die den richtigen Weg weisen können.

Deutschland war 2008 mit der CBD-Vertragsstaatenkonferenz in Bonn im Rampenlicht der Biodiversitäts-Debatte. Wir haben dort erstmals klare „Commitments“ erreicht, was den Zugang zu

Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern von eminenter Bedeutung. Wenn beispielsweise aus Wildpflanzen oder Insekten Substanzen extrahiert und damit erfolgreiche Pharmaprodukte entwickelt werden, dann wollen und müssen auch jene davon profitieren, die den Lebensraum dieser Arten für die ganze Welt erhalten. Dieses Teilen zu verwehren, war bisher die Achillesferse der Konvention zur biologischen Vielfalt.

Rest der Gesellschaft dem „Business as usual“ nachging. Die Bundesregierung hat jetzt eine nationale Strategie zur biologischen Vielfalt mit 400 konkret gefassten Zielen vorgelegt, die diesen integrierten Politikansatz aufzeigt. Zum Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Naturschutz heißt es dort, bis zum Jahr 2020 müsse die Biodiversität im Agrarökosystem deutlich steigen. 2015 soll der Großteil der für die in landwirtschaftlich genutzten Kulturlandschaften typischen Arten in ihrem Bestand gesichert und der Flächenanteil der naturschutzfachlich wertvollen Biotope um zehn Prozent gestiegen sein. Der Anteil naturnaher Landschaftselemente in landwirtschaftlich genutzten Gebieten soll 2010 mindestens fünf Prozent betragen. Das sind keine Zahlen, die man im Grundsatzprogramm des Naturschutzbundes (NABU) oder des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) findet – dort sind sie verständlicherweise ehrgeiziger formuliert. Es handelt sich eben nicht um eine Strategie des Bundesumweltministers, sondern um eine, die bereits das Bundeskabinett passiert hat und damit für den Landwirtschaftsminister genauso verbindlich ist wie für den Wirtschafts- oder Verkehrsminister.

Ich bin davon überzeugt, dass die Interessensbündelung von Landwirtschaft und Naturschutz gelingen kann. Sie muss auch gelingen, denn für keinen anderen

Wirtschaftssektor ist die Existenz belastbarer Ökosysteme so wichtig wie für die Landwirtschaft. Die gesamte Wirtschaft kann es sich nicht leisten, gegen die Natur zu agieren – aber die Landwirtschaft spürt Verstöße gegen dieses Prinzip als Erstes.

stehen kommt, wenn wir nichts gegen den Verlust der Vielfalt unternehmen. Der Autor Pavan Sukhdev, früher Ökonom bei der Deutschen Bank, hat in Bonn bereits erste Ergebnisse vorgestellt: Die etwa 100.000 Schutzgebiete der Welt, so die



Das Bundesumweltministerium lässt gerade eine Studie über die weltwirtschaftlichen Auswirkungen des Biodiversitätsverlusts erstellen – vergleichbar mit dem sogenannten Stern-Report für den Klimaschutz. Die Studie „The Economics of Ecosystems Services and Biodiversity“ (TEEB) errechnet, wie teuer es uns zu

Erkenntnis, produzieren jährlich eine Wertschöpfung von 4,4 bis 5,2 Billionen Dollar. Das ist mehr, als die weltweite Auto-, Stahl- und IT-Industrie zusammen erwirtschaften. Ökonomische Werte wie dieser sollen nun auch für Flächen außerhalb von Schutzgebieten errechnet werden.



Die Zukunft der Landwirtschaft

Ich will auch noch ein paar Sätze zur Bioenergie sagen. Was wir in den letzten Monaten an Hetze gegen diese Energieform gehört haben, war jenseits aller Realität und oft einfach falsch. Die Klimapolitik der Bundesregierung trägt nicht die Schuld an der Hungerkrise, so wie es in manchen Zeitungen zu lesen war. Die Zusammenhänge sind vielfältig und sehr viel komplizierter. Natürlich müssen wir bei der Bioenergieproduktion sehr sorgsam sein und aufpassen, dass wir keine ungewollten Effekte erzielen. Sicher nicht gewollt ist beispielsweise, dass wir in den Industrieländern guten Gewissens Biosprit tanken und nicht realisieren, dass die Treibhausgasbilanz dabei auch negativ sein kann. Deutschland hat deshalb auf EU-Ebene neue Standards vorgeschlagen. Sie regeln, dass beim Einsatz von Biotreibstoffen Treibhausgase in relevanter Höhe eingespart werden müssen, und zwar über die gesamte Produktionskette hinweg. Weiter darf die Produktion nicht in ökologisch wertvollen Gebieten stattfinden, Umwelt- und Sozialstandards müssen eingehalten und negative Auswirkungen auf andere Märkte vermieden werden. Die schwierigste Frage ist aber sicher die der indirekten Landnutzungsänderung. Was ist, wenn der Sojaanbau die Viehzucht vertreibt und diese deswegen in den Urwald ausweicht? Solche Zusammenhänge müssen beachtet werden – da gibt es keine einfachen Lösungen.

Ich möchte zum Schluss noch einige Sätze zur künftigen Agrarpolitik sagen. Wir treten da gerade in eine sehr wichtige Phase ein. Faktisch war die landwirtschaftliche Produktion in Europa über Jahrzehnte hinweg staatlich gelenkt, und zwar über hohe Förderungen, an denen sich die



Wirtschaftenden ausrichteten. Sowohl ökonomisch und erst recht ökologisch waren es die falschen Signale, die von dieser Politik ausgegangen sind. In den 1990er Jahren gab es mit den Agrarumweltmaßnahmen erste Korrekturen. 2003 wurden die Zahlungen von der Produktion abgekoppelt und an Umwelt- und

Sozialauflagen gebunden – ein sehr wichtiger Schritt. Jetzt diskutieren wir beim sogenannten „Health Check“ der EU-Landwirtschaftspolitik darüber, wie dieser Weg weiterzuentwickeln ist. Die bisherigen Vorschläge der EU-Kommission gehen nach Ansicht des Bundesumwelt-

ministeriums in die richtige Richtung. Das betrifft insbesondere den Bereich der „Modulation“; hier werden Zahlungen an die Landwirte gekürzt, um die frei werdenden Gelder in Umweltprogramme und die ländliche Entwicklung zu investieren. Für Deutschland keine unproblematische Entwicklung: Wegen der Ballung großer

Betriebe greift die Modulation in Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder auch Sachsen-Anhalt als Erstes. Dort ist es aber schwer zu verkraften, wenn Mittel in großem Umfang nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung ist trotzdem der Mei-



nung, dass die Modulation ein wichtiges Instrument der Agrarpolitik ist. Sie ist bereits Praxis, hat positive Wirkungen gezeigt und soll unter Berücksichtigung der ökonomischen Situation der Betriebe fortgesetzt werden.

Für das Bundesumweltministerium steht außer Frage, dass wir 2013 – wenn der jetzige Finanzrahmen ausgelaufen ist – zu einer deutlich weiter reichenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik kommen werden und müssen. Aus meiner Sicht wäre es deshalb ökonomisch ver-

einer grundlegenden Reform der Agrarpolitik konfrontiert zu werden. Wir werden die Agrarförderung nicht auf null herunterfahren können – das würde das Bundesumweltministerium auch nicht unterstützen. Wir meinen aber, dass der Fokus der Agrarpolitik breiter gefasst werden

nünftig, schon jetzt energischere Zwischenschritte einzuleiten, als sich im Zusammenhang mit dem Health Check abzeichnen. Für die Betriebe und Regionen ist es einfacher, sich Schritt für Schritt anzupassen, als im Jahr 2014 mit

muss. Wir müssen von der klassischen Agrarförderung hin zu einer Förderung ländlicher Räume im breitesten Sinne kommen. Dann sind wir auf dem richtigen Weg; dann tun wir etwas Gutes für unser Land und für die Umwelt.

Möglichkeiten eines Miteinanders von Landwirtschaft und Naturschutz

Olaf Tschimpke, Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU)

Olaf Tschimpke

Olaf Tschimpke ist seit 2003 Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU). Davor war er als Landesgeschäftsführer und Vorsitzender des NABU Niedersachsen insgesamt bereits 18 Jahre für den Verband tätig. Sein Studium der Geografie absolvierte Tschimpke in Gießen und widmete sich vor seiner Tätigkeit beim NABU Forschungsarbeiten über Umweltprobleme und Fragen der umweltverträglichen Landnutzung in Sri Lanka und Tansania. Seit 2004 ist Tschimpke Mitglied im Kuratorium der Michael Otto Stiftung.



Bisher ist es Landwirtschaft und Naturschutz nicht gelungen, in wichtigen Fragen an einem Strang zu ziehen. Immer wieder verhindern alte Lobbyinteressen und -strukturen eine konstruktive Zusammenarbeit. Gerade im Hinblick auf die Trends in der EU-Agrarpolitik wäre es aber sinnvoll, gemeinsam für einen integrierten Naturschutz und ausreichende finanzielle Mittel zu kämpfen.



Die intensive Landwirtschaft als größter Flächenbewirtschafter Deutschlands nimmt mit über 50 Prozent Flächenanteil starken Einfluss auf Natur und Landschaft. Sie gilt als Hauptverursacher für

den Rückgang der einheimischen Flora und Fauna. In Zahlen ausgedrückt liest sich das folgendermaßen: 36,3 Prozent der Biotoptypen sind durch Nutzungsintensivierung und 22,4 Prozent durch

Eutrophierung (Nährstoffanreicherung) gefährdet. Analysiert man die Naturschutzsituation heute, so kommt man zu der ernüchternden Bilanz, dass die bisherigen Bemühungen, die Biodiversität im Offenland zu erhalten, noch zu keinem Durchbruch geführt haben. Es wurden zwar richtige Wege erkannt und Instrumente entwickelt, die Situation ist jedoch nach wie vor kritisch. Schlimmer noch: Aktuell besteht sogar die Gefahr, dass sich das Artensterben weiter verstärkt.

Intensivierung treibt Artenverlust voran

Die hohen Preise für Nahrungsmittel haben dazu geführt, dass es sich für Landwirte wieder lohnt, jeden Hektar intensiv zu nutzen. Der Industrieverband Agrar hat bereits im Mai 2008 angekündigt, eine „Agrarproduktion am Optimum“ anzustreben. Die ersten Folgen der Intensivie-

rung sind bereits zu sehen. So wird zunehmend Grünland wie artenreiche Wiesen oder auch Moore intensiv genutzt oder zu Ackerflächen umgebrochen. Dieser Verlust von extensiv bewirtschafteten Flächen ist nicht nur ein Problem für den Artenschutz, sondern auch für das Klima. So entstehen auf nur fünf bis acht Prozent der Nutzfläche knapp 30 Prozent der Treibhausgasemissionen der deutschen Landwirtschaft, weil Moore entwässert und die kohlenstoffreichen Torfböden als Grünland und zum Ackerbau genutzt werden.

Eine andere Folge des Preisanstiegs: Der Vertragsnaturschutz ist kaum noch konkurrenzfähig. Die Idee stammt aus einer Zeit niedriger Preise und zunehmender Flächenstilllegungen. Nun, da die Preise steigen, funktioniert sie nicht mehr – jedenfalls nicht mit den Mitteln, die bisher dafür bereitgestellt wurden. Landwirte sagen dann zu Recht, sie können woanders mehr verdienen, und steigen aus.

Trotz dieser negativen Tendenzen, und das will ich an dieser Stelle betonen, darf die Diskussion um die hohen Agrarpreise nicht einseitig geführt werden. Wir vom Naturschutz haben immer wieder Preise gefordert, die die Kosten decken und den wahren Wert eines Produkts wiedergeben.

Gerade der Naturschutz hat über viele Jahrzehnte unter den subventionierten Preisen gelitten. Discounter, die unter Einstandspreis die Milch verjubeln – das war nicht unsere Vision.

spüren. Tatsache ist aber, dass wir noch keinen Ausgleich für diese ökologischen Rückzugsräume gefunden haben. Wir haben sehr darum gekämpft, hier ordnungrechtliche Alternativen mithilfe von öko-



Weniger Stilllegungsflächen

Auch die Abschaffung der Flächenstilllegung durch die EU führt zum Verlust zahlreicher Lebensräume: Allein in Deutschland sind seit 2007 die stillgelegten Flächen um 50 Prozent auf 310.000 Hektar zurückgegangen. Sie wurden, auch wegen der guten Preise im Erntejahr 2007, überwiegend zum Getreide- und Futterpflanzenanbau genutzt. Die Auswirkungen dieser Entwicklung werden wir signifikant erst in den nächsten Jahren

logischen Vorrangflächen zu schaffen, haben aber nur Empfehlungen für freiwillige Maßnahmen erhalten. Besser wäre es gewesen, man hätte gemeinschaftlich mit der Landwirtschaft Ziele formuliert.

Ein weiteres Problem ist der Boom der Bioenergie. Vielerorts sieht man bereits, wie sich die Fruchtfolgen wieder verengen und die Vielfalt der Nutzpflanzen weiter abnimmt. Großflächige Rapsmonokulturen und Maisäcker auf umgebrochenem Niedermoor-Grünland haben



Grünlandumbruch im Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet) „Obere Kyll und Kalkmulden der Nordeifel“



in manchen Regionen schon jetzt zu einem erheblichen Artenrückgang geführt. Die Verengung von Fruchtfolgen führt auch zu zunehmenden Resistenzen bei Schädlingen. Gerade hier bräuchte es viel mehr Kreativität, auch was den Einsatz alter Nutzpflanzen angeht. Horst Seehofer selbst hat als Landwirtschaftsminister gesagt, es könne ja nicht die gute fachliche Praxis sein, 20 oder 30 Jahre hintereinander Mais anzubauen. Das sagen auch die Gesetze – nur setzen wir sie nicht um. In das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sollte ein Nachhaltigkeitsindex eingebaut werden, der Mindest-Fruchtfolgen vorschreibt.

Liste angekommen – ein Vogel, der auf Agrarlandschaften angewiesen ist. Das gleiche Bild gilt für die Grauammer. In den alten Bundesländern sind die Bestände bereits auf einem extrem niedrigen Niveau. In den neuen wird der Rückgang mit der Abschaffung der Flächenstilllegung nun stark voranschreiten.

Sektoralpolitik verhindert Fortschritte

Die Frage ist: Wie konnte es so weit kommen? Meines Erachtens, und hier schreibe ich mich Herrn Müller und Herrn Flasbarth an, haben wir die wichtigste Aufgabe – die Zusammenarbeit zwischen Natur-

tige Vision von Naturschutz in einem sehr dicht besiedelten Kontinent entworfen. Der erste Schritt, ein Netz von Schutzgebieten über ganz Europa aufzubauen, ist uns gelungen. Aber der zweite Schritt, für fairen Ausgleich für die Landwirte zu sorgen, ist missglückt. Und das hat dem Naturschutz nicht genutzt, sondern in erheblicher Weise geschadet. Hier wurde wieder Sektoralpolitik betrieben wie eh und je.

Ich will diesen alten und immer wieder neuen Fehler am Beispiel der Bioenergie weiter verdeutlichen. Zwar ist es uns gelungen, eine Förderung im EEG beziehungsweise Vorgaben im Biokraftstoff-

Landschaften in einer Weise, die wir überwunden glaubten. Und all das nur, weil wir nicht in der Lage waren, integrativ zu arbeiten und das Ganze mit ökologischen Rahmenbedingungen zu versehen. Ich glaube, das verdeutlicht, warum wir bisher nicht vorangekommen sind und was unsere wichtigste Zukunftsaufgabe ist: Wir müssen künftig an der Schnittstelle von Naturschutz und Landwirtschaft anders miteinander umgehen. Das ist die Schlüsselfrage für den Erfolg – im Ernährungsbereich, im Bereich nachwachsende Rohstoffe und auch im Naturschutz.

Eine stärkere Ökonomisierung des Naturschutzes

Eine weitere wichtige Aufgabe: Wir müssen künftig versuchen, den Naturschutz auf eine ökonomische Basis zu stellen. Wir können hier nicht nur mit ethischen Ansprüchen arbeiten. Damit sind wir in der Vergangenheit – ganz nüchtern gesagt – gescheitert. Deswegen ist es wichtig, was Pavan Sukhdev mit der TEEB-Studie jetzt für die biologische Vielfalt errechnet. Entscheidend ist allerdings: Aus den Ergebnissen müssen Konsequenzen folgen. Und Konsequenzen heißt, dass der Nutzen der Artenvielfalt auch in Wert gesetzt werden muss. Wie das geschehen kann, darüber müssen wir uns noch Gedanken machen.

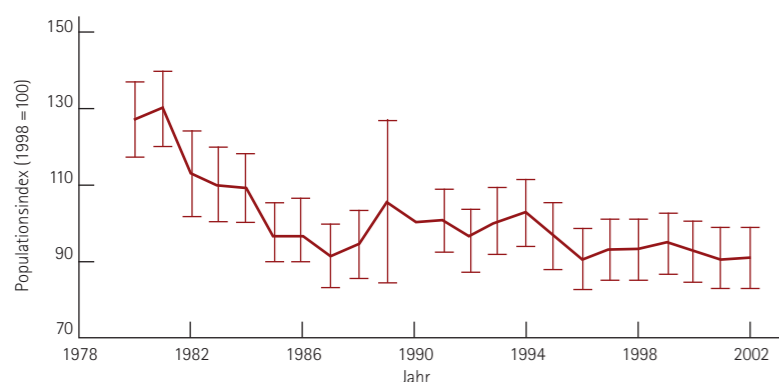
Ein erster richtiger Schritt ist, den Schutz der Biodiversität mit dem Emissionshandel zu verknüpfen. Wir haben erkannt, wie eng das Thema biologische Vielfalt, der Naturschutz, die Entwaldung und die intensive Landnutzung mit dem Klimaproblem verbunden sind. Deswegen ist es richtig, das Geld aus der Versteigerung der Emissions-Zertifikate zu einem wesentlichen Teil für diese Bereiche einzusetzen. Pavan Sukhdev hat bereits errechnet, dass die Völkergemeinschaft 40 Milliarden US-Dollar jährlich für den internationalen Naturschutz ausgeben muss. Wenn Deutschland hier zwei Milliarden US-Dollar aus dem Emissionshan-

zugeben. Wir haben Moore, wir haben marine Ökosysteme, wir haben Buchenwälder – dort ist noch eine Menge zu tun, und ich sehe täglich, wie leer die Kassen der Länder sind. Hier geht es um eine neue Zukunftsaufgabe, und die muss auch mit neuen Mitteln angegangen werden.

Trends in der EU-Agrarpolitik

Die Agrarpolitik steht aus meiner Sicht mehr unter Druck, als viele Politiker und Bauernverbände glauben. Auf EU-Ebene wird zunehmend die Frage laut: Warum geben wir eigentlich fast 50 Prozent unseres Etats – das sind 40 Milliarden – für Agrarsubventionen aus? Haben wir nicht

EU-Index für häufige Vogelarten der Agrarlandschaft (23 Arten)



Was die Entwicklung der Artenvielfalt angeht, haben wir gerade im Bereich der Agrarlandschaft bei den Feldvögeln signifikante Rückgänge. Das hat etwas mit der intensiveren Nutzung zu tun. Die Feldlerche ist inzwischen sogar auf der Roten

schutz und Landwirtschaft – eben noch nicht erreicht. Immer wieder scheitern wir an wichtigen Punkten. Zum Beispiel beim länderübergreifenden Schutzgebietssystem Natura 2000: Mit diesem haben wir eine weltweit vielbeachtete und auch rich-



quotengesetz festzusetzen. Wie die tatsächliche Umsetzung aussehen soll, haben wir allerdings nicht geregelt. Und genau daraus resultieren die Probleme, die jetzt sichtbar werden: Alles konzentriert sich auf Mais und Raps. Das verändert unsere



Sommerhochwasser auf umgebrochenem Auengrünland im FFH-Gebiet „Obere Kyll und Kalkmulden der Nordeifel“

del investiert, hätte es seinen Beitrag bereits geleistet. Und wir sollten den gleichen Mut beweisen, auch einmal eine Milliarde für den Naturschutz in Deutschland aus-

viel wichtigere Aufgaben? Und: Welche Leistungen der Landwirtschaft sind eigentlich gesellschaftlich akzeptiert?



Da sind einmal die Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen – ein ganz wichtiger Faktor. Aber es muss in der Landwirtschaft auch zunehmend darum gehen, sich mit anderen Leistungen zu profilieren und diese in Wert zu setzen. Da geht es um Wasserschutz, Bodenschutz, Erhalt der biologischen Vielfalt – auch das Thema Klimaschutz wird in Zukunft eine große Bedeutung haben. Die billigste Art, eine Tonne CO₂ zu vermeiden, ist der Verzicht auf Entwaldung und auf die Nutzung von Mooren. Aber solche Leistungen, ein solcher Verzicht, muss auch honoriert und die nötigen Finanzmittel dafür bereitgestellt werden.

Die Förderung der ländlichen Entwicklung (die zweite Säule der Agrarpolitik) ist von der EU gravierend gekürzt worden. Hier muss die Gemeinsame Agrarpolitik einen anderen Weg beschreiten. Ich glaube aber nicht, dass die Landwirtschaft alleine einen Fortbestand des EU-Agrarhaushalts erreichen kann. Wenn sie nicht Verbündete sucht, wird sie an dieser Stelle der Verlierer sein und nach 2013 einen großen Teil ihrer Direktzahlungen einbüßen. Der Naturschutz kann hier durchaus ein Verbündeter sein – aber nicht zu jedem Preis. In der Konsequenz müssen die ländlichen Räume und die Themen biologische Vielfalt und Klimaschutz in den Vordergrund gerückt werden. Wenn die Landwirtschaft zu einer solchen Neuausrichtung bereit ist, gehen wir diesen Weg gerne und konstruktiv mit.

Die zweite Säule stärken

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die bisherigen Ansätze von Naturschutz in der Landwirtschaft (Agrarumweltprogramme, Cross Compliance) wenig erfolgreich waren. Eine Alternative ist, in jedem Betrieb ökologische Vorrangflächen (5 bis 10 Prozent) wie Hecken,



Buntbrachen oder Extensivgrünland zu schaffen. Der Vorteil dabei: Wir haben viele verschiedene Standorte und Landschaftstypen. Und ich glaube, es wäre auch ein wichtiger Schritt vorwärts, weil Landwirte dann automatisch über das Thema biologische Vielfalt nachdenken müssten. Wie solche ökologischen Vorrangflächen ausgeglichen oder gefördert werden können, darüber müssen wir noch nachdenken. Findet die Schaffung solcher Vorrangflächen in Zukunft verbindlich in allen Betrieben statt, muss sich jeder

Landwirt Gedanken machen: Was habe ich an wichtigen ökologischen Strukturen und Funktionen im Betrieb, und welchen Beitrag kann ich zu deren Erhalt leisten? Gleichzeitig wäre es ein gutes Beispiel dafür, wie man mit einer Stärkung der zweiten Säule eine vernünftige Umweltförderung erreicht.

Was wir brauchen, ist eine neue Vision für die Landwirtschaft, und diese wiederum braucht eine neue Generation von Agrarwissenschaftlern und Verbandsfunktionären. Ich plädiere dafür, dass sich Naturschutz und Landwirtschaft zusammensetzen und schauen, welche integrativen Elemente man entwickeln kann. Das gilt für Gesetzesvorhaben genauso wie für gemeinschaftliche Projekte. Es gibt sie ja durchaus, die gemeinsamen Ziele, zum Beispiel den Stopp des Artenschwunds in Europa bis 2010. Wir werden das nicht

erreichen, und trotzdem ist es wichtig, sich solche Ziele zu setzen. Wenn sie nicht politisch definiert wären, hätten wir es noch sehr viel schwerer.

Und es gibt auch die positiven Schritte: Wir haben verschiedene Programme zur Ausweitung von Blühstreifen, auch in den intensiven Agrarregionen. Weiter planen wir ein großes Projekt zur Schaffung von Feldlerchenfenstern. Dieses Vorhaben wollen wir gemeinsam mit dem Bauernverband bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt auf den Weg bringen. Das zeigt: Wenn man in Teilbereichen gemeinsam etwas bewegen will, kann man durchaus erfolgreich sein. Das muss ausgebaut werden.

Fazit

Aus meiner Sicht sind Landwirtschaft und Naturschutz also gleichzeitig möglich. Allerdings erst, wenn die Bereitschaft da ist, Altes infrage zu stellen, sich auf Gemeinschaft einzulassen und alte Strukturen zu überwinden. Letztere haben in der Vergangenheit immer wieder zu Rückfällen geführt, wie wir sie jetzt wieder schmerzlich am Beispiel des Umweltgesetzbuches und in der Bioenergiepolitik spüren mussten. So ist es problematisch, den Aspekt Klimaschutz nach vorne zu stellen und alle anderen Themen zu vergessen, nur weil die Industrielobby sich reichlich Fördermittel verspricht. Genau diese Vorgehensweise ist nicht zukunftsfähig. Wir müssen integrativ arbeiten. Und wir vom Naturschutz sind dazu bereit.

Wenn man täglich mit diesen Dingen zu tun hat, spürt man natürlich auch deutlich, wie weit der Weg zu dieser Zusam-

menarbeit noch ist. Trotzdem will ich Mut machen. Schon weil es keine Alternative gibt, ist es wichtig, dass wir die Herausforderungen annehmen. Das Auseinanderfallen von Landwirtschaft und Naturschutz zieht sich bisher wie ein roter Faden durch die Geschichte. Wenn wir so weitermachen, werden irgendwann beide Seiten



Naturschutz in intensiv genutzten Agrarlandschaften: Blühstreifen

nicht mehr funktionieren. Denn auf den Verlust der biologischen Vielfalt folgt der Verlust von Ökosystemen und damit auch der Verlust der Grundlage für die Agrarproduktion.

Ein Gradmesser für unseren Willen zur Zusammenarbeit wird sein, ob wir gemeinsam für eine ökonomische Lösung im Bereich Naturschutz kämpfen werden. Hier möchte ich den Präsidenten des Bauernverbandes sehen, der sich für die Gelder aus dem Emissionshandel stark macht

und sich nicht einfach versteckt. Und ich will auch die Vertreter der Branche Erneuerbare Energien sehen. Sie sollen sich auch für die CO₂-Vermeidung und für die Regenwälder einsetzen und nicht nur für den eigenen Vorteil. Diese Verhandlungen werden für die weitere Zusammenarbeit entscheidend sein. Sie sind für uns der

Prüfstein, ob das Angebot ernstgemeint ist, sich auf eine neue Stufe der Zusammenarbeit einzulassen.

Beitrag der Landwirtschaft zur Sicherung der Biodiversität

Carl-Albrecht Bartmer, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG)

Carl-Albrecht Bartmer

Carl-Albrecht Bartmer ist seit 2006 Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Der 47-jährige Agrarwissenschaftler bewirtschaftet einen 1.000 Hektar großen Ackerbaubetrieb in Lößnitz a. d. Bode (Sachsen-Anhalt). Er vertritt die DLG bereits seit mehreren Jahren auch auf europäischer Ebene.



Agrarfläche ist ein extrem knappes Gut. Ernährungssicherheit und Biodiversität müssen möglichst optimal auf der begrenzten Fläche verwirklicht werden. Diese Optimierung verlangt eine Quantifizierung der Ziele: das Arche-Noah-Prinzip. In dem Maße, in dem wir durch nachhaltige Intensivierung auf fruchtbaren Standorten höhere Erträge ermöglichen, schaffen wir Freiheitsgrade zur Verwirklichung von Schutzzielen wie der Biodiversität auf anderen Flächen.



Biodiversität – Christen könnten es so empfinden – ist das Ergebnis der Schöpfung, quasi ein Abbild des göttlichen Gartens Eden. Aber auch für den, der das christliche Fundament nicht teilt und in der Vielfalt der Natur einfach das Ergebnis einer evolutionären Entwicklung sieht,

ist sie faszinierend und begeisternd. Nun ist der Mensch aber mit zwei stark entwickelten Eigenschaften geboren: Das eine ist seine Begeisterungsfähigkeit, das andere seine rationale Begabung. Und deshalb hat er schon früh angefangen, in diese Natur ordnend einzugreifen. Einer,

der das intensiv getan hat, war der Wissenschaftler Carl von Linné. Er hat erstmals den Begriff „Art“ definiert und die Welt nach gewissen Ordnungsprinzipien sortiert. Wir sprechen also heute über ein menschengemachtes und nicht über ein gottgegebenes System.

Nüchtern betrachtet: Weil diese Welt dem evolutorischen Organisationsprinzip „survival of the fittest“ unterliegt und sich die Rahmenbedingungen ständig ändern (Klima, Atmosphäre), befinden sich die Arten in einem ständigen Kommen und Gehen. Dieses Organisationsprinzip im Sinne eines statischen Artenerhalts zu hinterfragen, wird nicht Gegenstand dieser Tagung sein. Andernfalls gerieten wir schnell in Erklärungsnot, warum es beispielsweise den Tyrannosaurus Rex nicht mehr gibt.



Wandel ist naturgegeben

Es ist also ein Naturgesetz, dass die Zusammensetzung der Arten nicht statisch, sondern im Fluss ist, so schwer uns diese Erkenntnis gerade bei charismatischen Arten wie dem Eisbären oder dem Steinadler fällt. Viel wichtiger ist die Fra-

Landwirtschaft 1,6 Milliarden fruchtbares Ackerland und 4,5 Milliarden Grün- und Buschland in intensive Nutzung. Damit ist sie weltweit der größte Nutzer der natürlichen Ressourcen, noch vor der Forstwirtschaft. Deshalb stellt sich natürlich die Frage, ob sie und die Biodiversität prinzi-



gestellung, wie stark der Mensch mittlerweile in das Artengleichgewicht der Natur eingreift. Und auch in diesen Globus als Quelle natürlicher Ressourcen. Die Landwirtschaft spielt eine besonders große Rolle, was die Nutzung dieser Ressourcen anbelangt: Die Erde umfasst 13,1 Milliarden Hektar Landfläche. Davon nimmt die

piell unversöhnliche Antagonisten sind, ob sie möglicherweise Bereiche des Miteinanders haben oder vielleicht sogar synergistische Beziehungen aufbauen können.

Hier empfiehlt es sich, einen Blick auf das Wirtschaftsprinzip eines Pflanzenbauers zu werfen. Er macht sich eine Eigenschaft zunutze, die tief in der Genetik

jeder Pflanze verwurzelt ist, nämlich alle Kraft dem Arterhalt zu widmen. Dafür sucht sie das Licht; sie braucht es für die Fotosynthese. Und sie sucht den Zugang zu Nährstoffen, damit kann sie Blattmasse aufbauen und die Träger der eigenen Erbinformation, die Samen. Hier geht sie großzügig, man möchte fast sagen verschwenderisch vor. Ein Beispiel: Die Rapspflanze erzeugt etwa 4.000 Nachkommen. Genau dieses Prinzip eröffnet dem Pflanzenbauer erst die Möglichkeit, ein Korn für die Vermehrung aufzuheben und die anderen 3.999 vom Acker zu tragen. Nur so ist es möglich, nachhaltig Pflanzen anzubauen und gleichzeitig Nahrung zu erzeugen. Und jetzt wird es interessant: Je nachdem, wie ich dieser Pflanze Zugang zu Nährstoffen und Licht verschaffe, wie ich die Konkurrenz rund um sie minimiere, kann ich das Verhältnis zwischen dem einen Samenkorn, das ich zum Erhalt dieser Pflanze brauche, und denjenigen, die ich entnehmen kann, verbessern. Das heißt aber auch im Rückschluss, jeder Konkurrent um Licht, um Nährstoffe, um Wasser, jeder Schädling ist für die Produktivität dieser Pflanze ein Problem. Das gilt übrigens auch für Untersaaten, wie sie im Öko-Anbau unter anderem zur Unkrautregulierung und Bodenpflege propagiert werden. Man muss deshalb ganz klar sagen: Derzeit gibt es keine Betriebsform moderner Landwirtschaft – weder eine ökologische noch eine integrierte noch eine konventio-



nelle –, die in der Lage wäre, den Erhalt der regional typischen Biodiversität im Rahmen der Produktion auch nur annähernd zu gewährleisten.

10.000 Jahre Pflanzenzüchtung

Im Quellgebiet von Euphrat und Tigris hat man die Urform des Weizens gefunden, den sogenannten Einkornweizen (*Triticum boeoticum*). Wie diese archäologischen Funde bezeugen, ist er bereits vor 10.000 Jahren gezielt angebaut worden. Mein

Und ein weiterer Aspekt ist hochinteressant. Es gibt Anzeichen, dass bereits vor 10.000 Jahren dieser Einkornweizen züchterisch bearbeitet wurde: etwas mehr Körner, eine stabilere Ähre. Hier begann also die jahrtausendelange Zuchtarbeit, die bei sachlicher Betrachtung erst die Konzentration auf wenige Arten ausgelöst hat. Aber nur dadurch wurde auch die Leistungsfähigkeit der heutigen Sorten möglich und damit die Basis geschaffen, sechs Milliarden Menschen und mehr zumindest teilweise zu ernähren.



Schluss daraus: Man hat schon vor 10.000 Jahren angefangen, die Artenvielfalt einzuschränken. Ist das vielleicht ein wichtiger Punkt für unser Thema?

Ergebnis meiner Darstellung bis jetzt könnte sein, dass Landwirtschaft und Biodiversität tatsächlich unversöhnliche Antagonisten sind. Das stimmt jedoch so nicht

ganz: Die Landwirtschaft braucht Arten- und genetische Vielfalt und profitiert von ihr, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- Züchtungen wären ohne das ständige „trial and error“ der Natur, ohne die Heterogenität von Pflanzen gar nicht möglich. Sie schafft erst die kreativen Kombinationsmöglichkeiten, mit welchen der Züchter bestimmte Eigenschaften gezielt in eine Pflanze hineinkreuzen kann.
- Die genetische Vielfalt ist der Werkzeugkasten der Anpassung, auch bei veränderten Rahmenbedingungen. Abiotische Stressoren durch den Klimawandel (Trockenheit oder Hitze), aber auch durch neue parasitäre Bedrohungen sind nur dann zu meistern, wenn wir über die Artenvielfalt und eine Vielfalt innerhalb einer Art verfügen. Nur dann können wir Individuen identifizieren, die mit neuen Herausforderungen umgehen können.
- Die Natur stellt uns nicht nur parasitäre Arten, sondern ebenso viele Nützlinge zur Verfügung. Sowohl ökologische als auch konventionelle Landwirtschaft setzen sie als natürliche Antagonisten von Schädlingen, aber natürlich auch zur Bestäubung, Humusbildung und Nährstoffbindung ein.
- Stichwort Biomaterialien: Wissen wir eigentlich, welche Früchte, welche Materialien, Fasern und Biorohstoffe wir morgen wirtschaftlich nutzen können? Die Artenvielfalt eröffnet hier möglicherweise neue wirtschaftliche Perspektiven für die Landwirtschaft.

Ich möchte an dieser Stelle ein Zwischenfazit ziehen: Wenn Biodiversität einerseits auf der Ackerfläche wegen unproduktiver Konkurrenz nicht besonders sinnvoll ist, andererseits aber im Interesse der Landwirtschaft liegt, warum realisiert man sie dann nicht nebeneinander? Außerdem ist Landwirtschaft ein Teil der Volkswirtschaft und damit der Gesellschaft. Deshalb ist es nur recht und billig, den Wunsch der Gesellschaft nach vielfältiger, artenreicher Naturlandschaft gegen Erstattung von Bewirtschaftungsanteilen zu erfüllen. Landwirtschaft kann also auch diese Art von Dienstleistungen beinhalten. Es gibt eine Vielzahl von Dienstleistungswünschen an die Landwirtschaft, die alle eines gemeinsam haben: Für sie wird landwirtschaftliche Nutzfläche in Anspruch genommen. Je nachdem, wie mögliche Maßnahmen kombiniert werden, können dies unter zehn, aber auch bis zu 30 Prozent der Agrarfläche sein. Das wirft eine zweite Frage auf: Agrarfläche, kein knapper Faktor?

Anbaufläche wird immer kostbarer

Wie Alexander Müller bereits gezeigt hat, ist dies eine rhetorische Frage. Die Lebenswirklichkeit sieht anders aus. Wir diskutieren heute, ob der Flächenverbrauch für den Anbau von Bioenergie angesichts steigender Lebensmittelpreise und des zunehmenden Hungers in der Welt zu rechtfertigen ist. Müssen wir dann nicht eine ähnliche Dynamik

befürchten, wenn wir Produktionsflächen zugunsten der Artenvielfalt aufgeben? Ich formuliere jetzt bewusst provokativ: Gilt also der Zusammenhang: „mehr Artenschutz gleich weniger Lebensmittel, gleich steigende Preise, gleich mehr Hunger in der Welt“? Bedeutet am Ende mehr Hunger nicht wieder weniger Artenschutz und im Extrem sogar das Ende von Biodiversität? Ich habe dabei ein Bild vor Augen: eine Frau am südlichen Rand der Sahara, die aus Not den letzten Busch für Feuerholz abbricht.



Zusammenfassend müssen wir folgende Fakten zur Kenntnis nehmen: Angesichts endlicher fossiler Energieträger erwächst in der Bioenergie eine neuer Nutzungskonkurrent um die vorhandenen

Agrarflächen der Erde. Außerdem nimmt die Weltbevölkerung täglich um über 200.000 Menschen zu. Diese wollen nicht nur satt werden, sie wollen auch besser essen, also zum Beispiel mehr Fleisch. Das wiederum erhöht den Flächenverbrauch und den Druck auf die verfügbaren Agrarflächen. Zusätzlich verliert die Welt jährlich durch Besiedlung, Wüstenbildung, Verkarstung und ähnliche Prozesse fruchtbares Land in großem Umfang. Der Klimawandel könnte diese Effekte noch weiter verschärfen. Droht also ein Mal-

thus'sches Szenario, nach dem der Wettlauf zwischen Pflug und Storch nicht zu gewinnen ist?



Das Arche-Noah-Prinzip

Der Nationalökonom und Sozialphilosoph Malthus zog vor etwa 200 Jahren den Schluss, dass eine geometrisch wachsende Weltbevölkerung der nur arithmetisch wachsenden Produktion von Lebensmitteln immer davoneilt. Er ist widerlegt worden. Doch heute stehen wir wieder vor einer ähnlichen Frage, allerdings auf einem ganz anderen Produktivitätsniveau.

Zum Glück gilt hier kein Entweder-oder. Man kann sehr wohl zwischen scheinbar konkurrierenden Zielen optimieren. Dazu müssen wir aber eine Art Arche-Noah-Prinzip anwenden und eine Abwägung treffen: Wie viel Artenvielfalt ist eigentlich notwendig, wie groß muss unsere Arche sein? In welchem Umfang müssen Arten natürliche Lebensräume vorfinden? Wie viele Individuen brauche

Samenpotenzial von bereits als ausgestorben geltenden Pflanzen, die nach wie vor im Boden existieren und dort viele Tausend Jahre lebensfähig bleiben könnten.

Produktivitätssteigerung durch Technologie

Wir müssen aber auch bei der Frage der ausreichenden Ernährung optimieren. Das heißt, wir müssen die Produktivität der knappen Ackerflächen weiter erhöhen. In dem Maße, in dem es uns gelingt – nachhaltig wohlgemerkt –, mehr Ertrag aus dem knappen Faktor Agrarfläche zu erzielen, in dem Maße schaffen wir Freiraum, um auf dann für die Ernährung nicht benötigten Flächen Ziele wie die Förderung von Biodiversität zu verfolgen. Wir müssen auch zwischen sogenannten Gunst- und Grenzstandorten unterscheiden. Gunststandorte, also solche, auf denen man 100 Doppelzentner Weizen je Hektar und mehr ernten kann, sollten intensiv genutzt werden. Dort sind die Opportunitätskosten von nicht produziertem Weizen und stattdessen gesicherter Biodiversität deutlich höher als an Grenzstandorten. Wir müssen uns außerdem darum bemühen, Zielvermischungen zu vermeiden. Wir können nicht Biodiversität und Ertrag auf dem gleichen Standort positiv entwickeln. Deshalb sind meiner Erfahrung nach Maßnahmen wie Ackerlandstreifen- oder Extensivierungsprogramme auch nicht besonders erfolgreich. Wir müssen – und das halte ich für die wichtigste aller Fragestellungen – den

technischen Fortschritt fördern; bei der Bodenbearbeitung, beim Saatgut, bei der Ernährung und Gesunderhaltung des Pflanzenbestands und bei der Erntetechnik. Fortschritt durch bessere Technologie ermöglicht nicht nur höhere Erträge, sondern auch eine geringere Belastung der natürlichen Ressourcen, zum Beispiel durch genauere Düngemittelgaben oder schonendere Bodenbearbeitung.

die sich in ihrem Mut zur Veränderung wiederfindet. Zu glauben, man könne über eine Idealisierung von Stillstand, vielleicht auch eine Fixierung der aktuell gegebenen Artensituation oder durch Nullwachstum den globalen Herausforderungen begegnen, ist bei genauem Hinsehen eine angstgesteuerte und deshalb auch recht gefährliche Illusion. Wachstum ist notwendig in dieser Welt. Wenn wir

Verantwortung und im globalen Sinne praktizierter Nachhaltigkeit. Dafür brauchen wir technischen Fortschritt, eine technologieoffene Gesellschaft und ein nachhaltiges Nutzungskonzept für den ländlichen Raum, nicht zuletzt zum Schutz der Biodiversität.

Das Ende der Vielfalt? So ist die Frage gestellt. Ich denke, wenn wir verantwortungsvoll, wenn wir intelligent und mit



Und damit deutet sich ein klassisches Dilemma an. Wenn wir Hungerrevolten in Ägypten und Seelenverkäufer vor Lampedusa vermeiden wollen, müssen wir dann auf die gewünschte Vielfalt von Arten verzichten?

ich mindestens, um eine Art zu erhalten? Wir müssen alle Möglichkeiten, die wir haben, einbeziehen, notfalls auch die von Genbanken – so abstrakt einem das bei der Schönheit der Natur vorkommen mag. Wir müssen auch die Regenerationsfähigkeit der Natur berücksichtigen und das



Insgesamt gesehen brauchen wir eine neue Ernsthaftigkeit in der Diskussion um moderne Technologien in der Landwirtschaft. Diese sind mehr als nur Fortschritt im technischen Sinn, sie sind mehr als die Gewinnchance einzelner Unternehmen. Bereitschaft zur Innovation ist für mich eine gesellschaftliche Grundeinstellung,



zukunftsfähig bleiben wollen, wenn wir Biodiversität erhalten und vielleicht sogar verbessern wollen, dann müssen wir zuerst innovationsfähig sein. Einer der privilegiertesten agrarischen Gunststandorte dieser Welt wie Europa muss seine Potenziale nutzen, das ist eine Frage von

intellektueller Redlichkeit dieses Thema diskutieren, dann gibt es kein Ende der Vielfalt.

Chancen der EU-Politik zur Sicherung der Biodiversität im Agrarsektor

Prof. Dr. Klaus-Dieter Borchardt, stellvertretender Kabinettschef im Kabinett der EU-Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Klaus-Dieter Borchardt

Prof. Dr. Klaus-Dieter Borchardt, geboren 1955, promovierte nach dem Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg und an der Freien Universität Berlin zum Dr. jur. Seit 1987 ist er Beamter bei der Europäischen Kommission, unter anderem von 2001 bis 2004 als Leiter der Rechtsabteilung in der Generaldirektion „Landwirtschaft und Fischerei“ und seit November 2004 als stellvertretender Kabinettschef im Kabinett der Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Dort ist er zuständig für Agrar-Reformen, die Doha-Welthandelsrunde, Bürokratieabbau und Vereinfachung. Borchardt ist zudem als Honorarprofessor für Europäisches Gemeinschaftsrecht an der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg tätig.



2003 hat die EU aufgehört, die landwirtschaftliche Produktion zu subventionieren. Mit den neuen Direktzahlungen erhalten Bauern nun gezielter Geld für gesellschaftlich erwünschte Leistungen wie Klima-, Wasser-, Boden- oder Biodiversitätsschutz. Damit verbunden sind klarere Umweltstandards und ein Sanktionssystem für nicht erbrachte Leistungen. Findet das System gesellschaftliche Akzeptanz, könnte die Landwirtschaft auch an schwierigen Standorten gesichert und ihre Möglichkeiten für den Umweltschutz besser genutzt werden.



Die Erkenntnis, dass Landwirtschaft, Umweltschutz und Biodiversität aufeinander angewiesen sind, hat sich in der europäischen Politik bereits während des wegweisenden Europäischen Rates von Cardiff im Jahre 1998 durchgesetzt. Dort wurde festgelegt, dass alle Politikbereiche künftig den Umweltschutz und die nachhaltige Entwicklung berücksichtigen müssen. Dieser Ansatz wurde dann nach und nach in immer stärkerem Maße auch in die gemeinsame europäische Agrarpolitik eingebunden. Sie hat eine besonders große Verantwortung für die Umwelt und die Biodiversität, weil mehr als die Hälfte der Fläche der Europäischen Union landwirtschaftlich genutzt wird.

Der erste wichtige Schritt: Entkoppelung

Die europäische Agrarpolitik ist dem Prinzip der Multifunktionalität unterworfen. Das heißt, dass der ländliche Raum neben der Agrarproduktion noch weitere gesellschaftlich erwünschte Funktionen erfüllt. Und daher stammt auch eine ganze Reihe der Probleme, die wir heute diskutieren. Die Multifunktionalität schafft nicht nur die Rahmenbedingungen für die Nahrungsmittelherzeugung, Agrarpolitik und Landwirtschaft, sie soll auch für die Umwelt, für den Erhalt der Biodiversität, für nachwachsende Rohstoffe, Bioenergie, für Klimaschutz, Wasserbevorratung und vieles andere sorgen. Die hohe Kunst der

Politik ist es nun, diese Dinge miteinander zu verbinden. In der Gemeinsamen Agrarpolitik haben wir in diesem Bereich in den letzten zwölf bis 16 Jahren einiges geleistet. Wir haben beispielsweise 2003 damit aufgehört, die landwirtschaftliche Produktion zu subventionieren, und unterstützen nun den Landwirt mit Direktzahlungen für die Erbringung gesellschaftlich relevanter Leistungen, die über den Markt nicht vollständig abgegolten werden. Der europäische Bürger verlangt nämlich – mit gutem Recht – hohe Standards, was Biodiversität, Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz und Tierschutz angeht. Als europäischer Konsument hat er aber wiederum kein Interesse daran, diese

Leistungen mit hohen Preisen für Agrarprodukte abzugelten. Bleibt für die Politik also nur, ihn als europäischen Steuerzahler in die Verantwortung zu nehmen, weil die Landwirte für ihre Leistungen entlohnt werden müssen.

Mit diesen entkoppelten Direktzahlungen wird zweierlei erreicht: Einmal wird der Landwirt im Kopf freigemacht. Er soll sich als Unternehmer an den Marktbedingungen orientieren können und nicht mehr an Zahlenspielen von der Art „Wie kann ich meine Produktion so optimieren, dass ich die höchsten Zahlungen aus

Brüssel bekomme?“ Er muss sein Grundeinkommen über den Markt erwirtschaften und sich dafür nach den Marktregeln richten. Zweitens haben wir die Gegenleistungen nun klarer definiert und können sie einfordern. Der Landwirt muss gewisse Grundstandards in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Umweltschutz – und hier besonders Biodiversität – bei seiner Produktion einhalten, sonst werden die Direktzahlungen gekürzt oder komplett einbehalten. Wir haben also ein Sanktionssystem eingeführt. Die Zahlungen werden außerdem

nur geleistet, wenn der Landwirt seinen Betrieb pflegt, also seine Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und umweltgerechten Zustand erhält. Dazu gehört auch der Erhalt von Dauergrünland. In der Definition dieser „guten fachlichen Praxis“ haben die Mitgliedsstaaten allerdings einen relativ großen Spielraum. Deutschland beispielsweise ist bis an die Grenze dessen gegangen, was man den Landwirten aufbürden kann. Ein europaweit einheitlicher Standard ist hier sicherlich eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Die zweite Säule der Agrarpolitik fokussieren

Seit dem Jahr 2000 verfügt die Agrarpolitik neben dieser ersten Säule (Direktzahlungen und Marktmaßnahmen) über eine zweite Säule: die ländliche Entwicklung. Und hier, um es ganz deutlich zu sagen, spielt die Musik, wenn wir uns über Agrarumweltmaßnahmen unterhalten. Diese sollen die landwirtschaftliche Produktion auch in benachteiligten Gebieten sicherstellen. Erstens, weil die Landwirtschaft für den Fortbestand des Gemeinwesens wichtig ist, und zweitens, weil nur diese Nutzung die Biodiversität sichern kann. Beispiel Berggebiete: Ich habe Almen gesehen, die zwei Jahre lang nicht bewirtschaftet wurden. Das hat mit Erhalt der Biodiversität und der natürlichen Räu-





me wenig zu tun. Es ist erschreckend, wie rasant der Degradierungsprozess in solchen Gebieten abläuft. Deshalb müssen wir dort präventiv eingreifen.

Der dritte wichtige Punkt zu Umwelt und Landwirtschaft in der EU-Politik ist derzeit die Energiefrage. In diesem Bereich ist in letzter Zeit viel Unsinn

Energieverbrauch soll zu 20 Prozent durch nachwachsende Rohstoffe gedeckt werden. Diese Zielvorgaben schließen Importe mit ein. Bioethanol beispielsweise beziehen wir insbesondere aus Brasilien. Natürlich – und darüber sollten wir uns im Klaren sein – werden diese Ziele im Einzelfall auch Auswirkungen auf die

Die neuen Herausforderungen

Auf dieser Veranstaltung wurde bereits viel von Subventionen gesprochen. Es ist ein altes Klischee, dass die Agrarausgaben 50 Prozent des EU-Haushalts ausmachen – das war früher einmal (1988 noch 60,7 Prozent). Heute beläuft sich ihr Anteil noch auf 36 Prozent und wird 2013 sogar nur noch 32 Prozent betragen. Wenn ich mich nicht irre, kostet in der Finanzkrise allein die Rettung einer einzigen Bank 50 Milliarden Euro und damit mehr, als an Direktzahlungen an die Landwirte in der EU mit 27 Mitgliedstaaten geht. Wenn trotzdem erzählt wird, der Agrarbereich gebe zu viel Geld aus, habe ich dafür wenig Verständnis. Und der Vorwurf lenkt auch von der wahren Frage ab, nämlich ob dieses Geld vernünftig ausgegeben wird.

Hier hat die Reform von 2003 eine Richtung vorgegeben, die wir mit großer Nachdrücklichkeit weiterverfolgen wollen. Das kommt auch mit dem „Gesundheitscheck“ zum Ausdruck – einer Überprüfung der in 2003 eingeschlagenen Richtung der EU-Agrarpolitik. Von einigen ist heute schon gefordert worden, mehr als dies zu tun, aber wir können nicht alle drei Jahre eine große Agrarreform durchführen. Das ist schlichtweg unmöglich. Wir haben uns während des Gesundheitschecks unter anderem angeschaut, welchen globalen Herausforderungen die europäische Gesellschaft als Ganzes, aber auch die Agrarwirtschaft im Besonderen gegenübersteht. Vier große Bereiche wur-

den hier ausgemacht: der Klimawandel, die erneuerbaren Energien, die Wasserbewirtschaftung und die Biodiversität.

Lasten gerecht verteilen

Wie können wir diese Herausforderungen angehen? Wir haben uns während des Gesundheitschecks angesehen, was die

haben. Es wurde deshalb im Gesundheitscheck beschlossen, einen Teil der Direktzahlungen so umzuverteilen, dass alle europäischen Landwirte einen ihren Möglichkeiten angepassten Beitrag zur Lösung der Probleme leisten. Dafür sollen fünf Prozent der Direktzahlungen einbehalten und in die ländliche Entwicklung umge-

Wie geht es weiter?

Und damit bin ich beim Ausblick 2013. Wir wollen erstens weiter darauf hinarbeiten, den Landwirt zu einem wahren Unternehmer zu machen. Also mehr Marktorientierung und mehr Einkommen über den Markt. Zweitens soll das Direktzahlungssystem so ausgerichtet werden,



erzählt worden, teilweise auch unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit, wenn ich beispielsweise an den Weltbankbericht denke. Für uns aus europapolitischer Sicht ist es wichtig, dass das Energiepaket im Dezember 2008 wie vorgesehen vom Europäischen Rat beschlossen worden ist. Bis 2020 sollen im Transportsektor zehn Prozent des gesamten Kraftstoffverbrauchs aus Biokraftstoffen kommen, und der allgemeine

Flächennutzung haben. Und es wird im Einzelfall sicherlich auch einen Kampf um diese Agrarflächen geben. Nur, für die ganze Europäische Union gesprochen, werden sie nicht, wie teilweise behauptet wird, zur Zerstörung der Umwelt oder der Biodiversität führen.



Beweidung einer Streuobstwiese

Mitgliedsstaaten bisher in Bezug auf die großen Herausforderungen unserer Zeit unternommen haben. Diese sind ja nicht neu, und es gibt bereits seit längerem entsprechende Programme. Dabei haben wir festgestellt, dass wir innerhalb der EU Musterschüler haben und solche, die sich dieser Herausforderungen noch nicht in ausreichendem Maße angenommen

leitet werden. Für Großempfänger mit mehr als 300.000 Euro Direktzahlung pro Jahr erhöht sich der Prozentsatz um weitere vier Prozent. Die dadurch in die ländliche Entwicklung umgeleiteten Mittel belaufen sich auf ungefähr 3,2 Milliarden Euro, welche die Mitgliedsstaaten ausschließlich zur Bewältigung der neuen Herausforderungen nutzen.

dass wir glaubwürdig vermitteln können, dass die Direktzahlungen Gegenleistungen für die vom Landwirt erbrachten gesellschaftlichen Leistungen sind. Wir konnten dieses Problem im Gesundheitscheck nicht vollständig lösen. Selbst nach dem Gesundheitscheck werden wir bei Leistungen und Gegenleistungen noch kein angemessenes Verhältnis haben, so



viel ist klar. Dieses zu erreichen, wird ein sehr schwieriger, aber notwendiger Prozess und wird eine wesentliche Frage in der Agrarreform 2013 sein.

Sollte es uns nicht gelingen, auch einer breiteren Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass die Direktzahlungen eben keine Agrarsubventionen herkömmlicher

oder kommunalen Einrichtungen zu bewerkstelligen ist, der liegt schlichtweg falsch. Das ist weder finanzierbar noch praktikabel. Es muss uns also gelingen, die Landwirtschaft in den Räumen zu halten, und zwar auch dort, wo sie nicht unbedingt über den Markt Profite erwirtschaften kann.

Ich spreche jetzt nicht so sehr über den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO), sondern ich spreche über die Einfuhr von gentechnisch veränderten Futtermitteln.

Wir führen einen Großteil des Viehfutters aus Brasilien und Argentinien ein, wo der Anbau von GVO erlaubt ist. Gleich-

Futtermitteln abgeschnitten werden. Die Folge wäre ein dramatischer Rückgang der Tierproduktion in Europa. Das bedeutet aber nicht, dass die europäischen Verbraucher plötzlich weniger Fleisch essen werden. Es wird nur dazu führen, dass wir mehr aus Drittländern importieren. Und woher? Aus Brasilien, Argentinien und aus den USA. Und womit sind diese Tiere wohl gefüttert worden? Mit gentechnisch veränderten Futtermitteln, von denen wir keine Ahnung haben. Ein ganz brennendes Problem also, über das wir offen miteinander reden müssen.

Hilfe für die Entwicklungsländer

Ein Letztes zu den Entwicklungsländern. Wenn ich höre: „L'Europe nourrit le monde“ – Europa soll die Welt ernähren –, dann empfinde ich das geradezu als Albtraum. Dahinter steckt nicht so sehr die Gewissheit, dass wir dazu überhaupt in der Lage wären, sondern vielmehr der Wille, die Produktion anzukurbeln. Das ist aus meiner Sicht der völlig falsche Ansatz. Nicht nur, dass wir nicht die nötigen Landreserven haben, es funktioniert auch nicht, teuer produzierte Nahrungsmittel in die Dritte Welt zu schicken. Wer soll diese denn dort bezahlen? Denkbar wäre hier nur ein Subventionssystem, das jedoch in die völlig falsche Richtung gehen würde. Statt mehr Unabhängigkeit von Nahrungsmittelimporten würden wir stärkere Abhängigkeiten schaffen.

Wenn wir das globale Problem lösen wollen, auch was die Biodiversität angeht, müssen wir die Agrarinfrastruktur und die Umweltstrukturen vor Ort in den Entwicklungsländern aufbauen. Und dafür braucht es Entwicklungshilfegelder. Ich habe nachgesehen: Ganze 1,8 Prozent der Entwicklungsgelder fließen bisher in die



Art sind, sondern notwendige Gegenleistungen für tatsächlich erbrachte und von der Gesellschaft nachgefragte Leistungen, werden wir die Zahlungen nicht beibehalten können.

Für diese Diskussion brauchen wir also die Unterstützung aller, auch aus dem Umweltbereich, weil es keine Alternative zur Landwirtschaft im Hinblick auf den Erhalt der Biodiversität gibt. Wer glaubt, dass dies ebenso mit Landschaftspflegern

Die Biotechnologie soll die Effizienz steigern

Trotz Multifunktionalität ist die Landwirtschaft zuallererst Produzent von Rohstoffen für Nahrungs- und Futtermittel. Daran führt kein Weg vorbei. Das bedeutet aber nicht, dass man damit alle anderen Ziele über Bord wirft. Wir müssen uns also überlegen, wie wir die Nahrungsmittelproduktion effizienter gestalten können. Eine Möglichkeit ist die Biotechnologie.

zeitig diskutieren wir hier in Europa sehr emotional über die grüne Gentechnik. Die Futtermittelimporte werden dabei mit der Kultivierung von GVO in Europa gleichgesetzt. Dies ist ein Spiel mit dem Feuer: Wenn wir hier nicht bald zu einer Parallellität finden zu dem, was in anderen Teilen dieser Welt, in Brasilien, Argentinien und in den USA passiert, werden wir von den



Agrarstrukturen – ein unhaltbarer Zustand. Es muss eine konzertierte Aktion stattfinden, um die Agrarinfrastruktur auszubauen – mit allen notwendigen Absicherungen, was den Umweltschutz angeht – sonst werden wir dieses Problem nicht in den Griff bekommen.

Diskussion und Ausblick



Das Symposium „Ende der Vielfalt?“ machte es deutlich: Landwirtschaft und Naturschutz müssen gemeinsam Lösungen finden, um den weltweiten Verlust der biologischen Vielfalt zu bremsen. Wie dies geschehen soll, darüber gehen die Meinungen noch weit auseinander – hier ist vor allem die Politik gefragt. Die Michael Otto Stiftung wird der Diskussion weiterhin eine Plattform bieten und sich als Akteur einbringen, denn die Bewahrung der biologischen Vielfalt duldet keinen Aufschub.



Podiumsdiskussion



Ohne eine Mitarbeit der Landwirtschaft steht es schlecht um den Erhalt der biologischen Vielfalt – darüber waren sich die Referenten und Teilnehmer der fünften Hamburger Gespräche weitgehend einig. Über die Wege eines für den Naturschutz und die Lebensmittelproduktion gleichermaßen fruchtbaren Nebeneinanders diskutierten in einem abschließenden Podiumsgespräch Dr. Michael Otto, Vorsitzender des Kuratoriums der Michael Otto Stiftung, und die Referenten Alexander Müller, Olaf Tschimpke, Carl-Albrecht Bartmer und Prof. Dr. Klaus-Dieter Borchardt. Das Gespräch leitete die Moderatorin Corinna Lampadius.



Lampadius: Herr Dr. Otto, Sie haben sich als Unternehmer schon sehr lange dem Umwelt- und Naturschutz verschrieben. Warum haben Sie für die diesjährige Tagung gerade das komplexe Thema Biodiversität ausgesucht?

Otto: Die Biodiversität ist ein ganz entscheidendes Thema, das allerdings in der Vergangenheit von der Öffentlichkeit

nicht ausreichend wahrgenommen wurde. Ich freue mich, dass die biologische Vielfalt in der Politik inzwischen eine höhere Priorität bekommt – und in der Wirtschaft sicherlich noch bekommen wird. Denn es geht dabei ja nicht nur um den Erhalt einer wunderschönen, lebenswerten Natur, sondern auch um einen großen Wirtschaftsfaktor, etwa hinsichtlich der Reinhaltung von Luft und Wasser, des Küsten-

schutzes, der Lieferung von Baumaterial oder Arzneimitteln. Daher ist es meines Erachtens ganz wichtig, die Biodiversität auch quantitativ zu bewerten.

Lampadius: Doch trotz einiger Erfolge geht es mit dem Schutz dieses wichtigen Gutes nur schleppend voran. Ich frage in die Runde: Liegt das hauptsächlich an der heute schon angesprochenen Sektoralpolitik von Landwirtschaft und Naturschutz?

Borchardt: Das stimmt zum Teil. Aus europäischer Sicht fehlt allerdings hauptsächlich eine gemeinsame Zieldefinition. Wir haben uns bisher nicht zusammengesetzt und gefragt: Wo ist die Schnittstelle? Was definieren wir als gemeinsames Ziel, und was sind die Dinge, die wir dabei berücksichtigen müssen? Wie bringen wir die widerstreitenden Interessen in Ausgleich?



Müller: Die Debatte heute Vormittag hat meines Erachtens gezeigt, dass Biodiversität immer noch als kostenloser Faktor angesehen wird. Viele Menschen denken noch, es ist zwar schade, wenn Biodiversität verschwindet, aber ökonomisch ist es nicht weiter relevant. Das halte ich für grundverkehrt. Solange es uns nicht gelingt, die externen Effekte der Produktion in die Preisbildung mit einzubeziehen, werden wir Luft und Wasser weiter verschmutzen und die Biodiversität dezimieren. Wir müssen zeigen, was es kostet, wenn die Vielfalt verschwindet. Und was wir heute investieren müssen, um den Reichtum der Zukunft zu erhalten. Wir haben heute genügend gute Gründe dafür gehört, der Biodiversität einen messbaren Wert, einen Preis zu geben. Diejenigen die sie schützen, sollen belohnt werden, und diejenigen, die sie zerstören, müssen dafür bezahlen.

Bartmer: Ich glaube, dass die Diskussion heute noch mehr gezeigt hat, nämlich dass man sich erst einmal über die Flächen klar werden muss, die für den Schutz der Artenvielfalt oder die Ernährung zur Verfügung stehen. Für mich ist ganz klar, dass die Ziele, die wir verfolgen wollen, quantifiziert werden müssen. Ich muss definieren, warum ich eine Art in einer bestimmten Populationsgröße genau an der und der Stelle schützen möchte. Das kann keine emotionale Entscheidung sein, sondern muss im Wettbewerb um den knappen Faktor Fläche stattfinden. Da geht es um Ernährung, um die Beherrschbarkeit von urbanen Strukturen, um Gesundheit. In einem Optimierungsprozess muss gesagt werden: So viel Biodiversität ist

möglich und mehr nicht, weil ich die anderen Ziele auch noch verfolgen muss.

Lampadius: Sie haben ja schon in Ihrem Vortrag gesagt, Herr Bartmer, wir müssen uns vielleicht überlegen, welche Arten wir auf die Arche mitnehmen können und welche wir eventuell fallenlassen müssen. Müssen wir tatsächlich, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, auf Arten verzichten? Oder gibt es auch eine andere Lösung, Herr Tschimpke?

Tschimpke: Es geht ja zuallererst nicht um Arten, sondern um Ökosysteme, die wir erhalten müssen. Und diese sind die wichtigste Grundlage für alles Wirtschaften, auch für die Landwirtschaft. Deswe-





gen sind Biodiversitätsschutz und Landwirtschaft auch nicht nur gleichgewichtige Ziele, sondern der Biodiversitätsschutz ist sozusagen das Urziel. Und wo wir Ökosysteme schützen, schützen wir automatisch auch die Arten.

Zur nötigen Fläche: Wir haben ziemlich genau definiert, dass wir zehn bis 15 Prozent der Landesfläche mit einem Vor-

Und zur Ernährungsfrage: Wir müssen auch in regionalen Strukturen denken. In Afrika beispielsweise gibt es schlichtweg Strukturprobleme. Mit der richtigen Entwicklung sind dort Produktionssteigerungen bis zu 300 Prozent möglich, so dass ich ziemlich sicher bin, dass sich die wachsende Bevölkerung dort selbst wird ernähren können.

Müller: Wir müssen uns darauf verständigen, welche Kulturlandschaften wir mit welchen Förderinstrumentarien erhalten wollen. Wir werden natürlich auch Landschaften haben, die intensiv agrarisch genutzt werden. Aber dort müssen wir wenigstens Verbundstrukturen hinbekommen, wie Gewässer, Waldränder oder Hecken, die der Vernetzung von Biodiversität dienen. Das kann man sehr gut betriebsintern integrieren. Ich glaube, das ist eher eine Frage des politischen Willens und der Bereitschaft, in Biodiversität zu investieren, die Konzepte dafür gibt es längst. Und wir brauchen zusätzlich einen „Rest Wildnis“, der sich alleine entwickeln kann. Wir können nicht glaubwürdig den Urwaldschutz in den Tropen fordern, wenn wir in Deutschland nicht in der Lage sind, die Reste unserer verbliebenen Urwälder, nämlich beispielsweise unsere Buchenwälder zu schützen und sich selbst zu überlassen.

Borchardt: Für mich geht es in der Zusammenarbeit um eine Feinjustierung. Teilweise wird gefordert, statt der Stilllegungsverpflichtung, die wir abschaffen wollen, bis zu 15 Prozent jedes Betriebs für Naturschutzzwecke stillzulegen. Eine derartige Pauschalierung halte ich für gefährlich. Wir müssen uns ehrlich die Frage stellen: Ist es richtig, selbst an den besten Agrarstandorten Biotop-Verbundstrukturen zugunsten der Biodiversität einzufordern? Oder sollten wir dort nicht doch lieber 100 Doppelzentner Weizen pro Hektar erzeugen, für die an anderen Stellen zwei oder drei Hektar nötig sind?

Lampadius: Heute wurde immer wieder gesagt, dass sich Naturschutz und Landwirtschaft aufeinander zubewegen müssen. Wie soll das denn aussehen?

rang für Naturschutz brauchen. Das heißt nicht, dass dort überhaupt nicht genutzt werden darf. Aber der Naturschutz muss entscheiden dürfen, wie genutzt wird, damit die Biodiversitätsziele zu erreichen sind.



Ich glaube, dass bei der Diskussion genau diese Abwägung stattfinden muss, denn wir werden die Motivation eines Landwirtes, die Nutzung an solchen Standorten aufzugeben, sehr teuer bezahlen müssen.

Tschimpke: So einfach ist es aber nicht. Es geht ja letztendlich auch um Erosionsvermeidung oder Wasserspeicherung, und die sind auch in intensiv genutzten agrarischen Landschaften notwendig. Und sie werden sogar am Ende einen wirtschaftlichen Nutzen haben.

Prof. Dr. Michael Succow, Michael Succow Stiftung: Ich möchte noch einmal feststellen, dass es beim Biodiversitätsschutz heute – mit dem gestörten Kohlenstoffhaushalt – um die Schicksalsfrage geht: Haben wir noch eine Zukunft oder nicht? Es geht um die Funktionstüchtigkeit von Ökosystemen. Das Ökosystem Acker beispielsweise ist nicht vermehrbar, fruchtbare Äcker wer-

den sogar immer weniger. Deswegen muss der Erhalt der natürlichen Fruchtbarkeit unter allen Umständen Vorrang haben und nicht die Maximierung des Ertrags mit systemfremden Stoffen. Diese natürliche

bemühen. Diese Regel kann auch bei hochproduktiven Agrarstandorten nicht einfach außer Kraft gesetzt werden. Die Funktionstüchtigkeit zu erhalten, das ist Priorität bei allen Nutzungsformen.



Fruchtbarkeit hängt von einem hohen Humusstatus ab. Der Landwirt, der seinen Humusstatus hoch erhält, muss also prämiert werden. Die nächste ökologische Leistung der Böden ist die Grundwasserbildung: Ein Acker, der durch Regenwürmer gelockert wird, der eine gute Humusdecke hat, bildet Grundwasser. Ein festgefahrener Acker, auf dem Maximalprofit erzielt wird, erfüllt diese Leistung nicht. Jeder andere Wirtschaftszweig in Deutschland muss sich um Nachhaltigkeit

Bartmer: Herr Succow, ich glaube, es ist ein konstruierter Widerspruch, dass ein Ackerbauer, der wirtschaftlich erfolgreich sein will, heute dazu gezwungen ist, seine Ressource Boden schlecht zu behandeln. Wir sollten hier keinen künstlichen Widerspruch zwischen Landwirtschaft und nachhaltiger Nutzung erschaffen. Die Motivation eines Landwirts ist dem genau entgegengerichtet, weil nur ein nachhaltig fruchtbarer Ackerstandort auch auf Dauer höchste Erträge erwirtschaften kann.





Lampadius: Kann Ihrer Meinung nach denn Landwirtschaft ökologisch sein und gleichzeitig die Weltbevölkerung ernähren?

Bartmer: Jacques Diouf, der Generaldirektor der UN-Ernährungsorganisation FAO, sagt, es geht nicht – und ich widerspreche ihm nicht. Wir machen aber einen



Fehler, wenn wir die Welternährungsproblematik auf Ökolandbau versus konventioneller Landbau reduzieren. Hier, auf Gunststandorten, erreicht der Ökoanbau ungefähr die Hälfte der Produktivität eines konventionellen Anbaus. In Afrika, auf Standorten mit sehr niedriger Ertragsfähigkeit dagegen, führen konventionelle Methoden nicht unbedingt zu mehr Erfolg. Also an solchen Standorten sind Fragestellungen ganz anderer Natur rele-

vant, zum Beispiel der Weg weg von Sub-sistenzlandwirtschaft hin zu einer arbeits-teiligen und Marktfrüchte erzeugenden Landwirtschaft.

Matthias Meißner, WWF: Eine Untersuchung der University of Michigan von 2007 sagt, dass ökologischer Landbau in Ländern des Südens zu einer 80-prozentigen Steigerung der Erträge führen könne. Gleichzeitig können damit die steigenden Kosten für synthetische Dünger eingespart werden.

Müller: Es gibt hervorragende Beispiele, gerade auch in Afrika. Dennoch erreicht der ökologische Landbau bisher lediglich ein bis zwei Prozent weltweit. Und niemand kann behaupten, dass man über Nacht damit die Welt ernähren kann – genauso wenig wie mit der Gentechnik. In den Entwicklungsländern gibt es in der Tat noch große Potenziale für höhere Erträge. Dazu brauchen wir aber auch vernünftige, das heißt faire Weltmarktpreise. Wenn wir in Europa und in den USA darauf verzichten würden, die Preise über Subventionen künstlich niedrigzuhalten, hätten die Entwicklungsländer einen Anreiz und auch die Möglichkeiten, ihre Erträge zu verbessern.

Kathrin Latschen, NDR: Wir haben keine Chance, den öffentlichen Druck, den wir brauchen, zu erzeugen, wenn wir die Probleme nicht auf die regionale und lokale Ebene herunterbrechen können. Für die Mehrzahl der Leute ist, glaube

ich, Biodiversität noch ein Problem der Vielfalt der Schmetterlinge im brasilianischen Regenwald. Es sollte für die ganz normalen Fernsehzuschauer greifbarer werden, wie man eine Artenvielfalt hier bei uns zu Hause fördern kann. Es geht ja nicht nur um die Probleme irgendwo in der Welt.



Tschimpke: Entscheidend ist, dass Sie beim Fernsehen lokalen Projekten eine Chance geben. Ich sitze im ZDF-Fernsehrat und weiß, wie schwierig das ist. Aber lassen Sie uns eine Serie machen. Wir geben Ihnen im NDR-Einzugsgebiet 100 Beispiele, wo es richtig gemacht wird, die Sie filmen können. Auch mit der Landwirtschaft zusammen, die finden wir. Und zur besten Sendezeit werden die Beiträge dann gesendet.

Lutz Spandau, Allianz Umweltstiftung: Wir haben ja heute Morgen von Herrn Müller recht eindrucksvoll gehört, wie komplex und ernst sich die Situation weltweit darstellt. In diesem Kontext frustriert mich die Diskussion ein wenig. Sie frustriert mich, weil bereits 1966 von Professor Haber an der TU München das Konzept der „differenzierten Landnutzung“ entwickelt wurde. Das Charmante daran: Sowohl Naturschutz als auch Landwirtschaft konnten damit gut leben. Und dennoch diskutieren wir heute – 40 Jahre nach Entwicklung dieses Konzepts – über das Ob anstatt über das Wie. Ich gewinne den Eindruck, wir reden vermeintlich über das Gleiche und meinen doch alle etwas ganz anderes. Deswegen lassen Sie mich eine These in den Raum stellen: Vielleicht kommen wir nur weiter, wenn wir uns eingestehen, dass die Ziele des Naturschutzes und der Landwirtschaft nicht kompatibel sind.

Bartmer: Ich habe da eine andere Wahrnehmung. Ich glaube, wir haben solche Konzepte bisher nur nicht in der nötigen Breite umsetzen können. Und daran sind wir gescheitert, weil wir keine Inwertsetzung der biologischen Vielfalt hatten. Wir haben es allein mit dem moralischen

Anspruch versucht. Das bedeutet, wir brauchen neue Denkstrukturen: Das Landwirtschaftsministerium bekämpft das Umweltministerium – automatisch. Da geht es um Einfluss und Macht, und daran scheitern solche Konzepte. Jetzt sind wir aber an einem Punkt, an dem wir uns das nicht mehr erlauben können.



Florian Schöne, NABU: Ich muss noch ein Stückchen weiter gehen als Herr Spandau. Wir sind in den letzten Jahren einen Schritt nach vorne und zwei zurückgegangen. Die Landnutzungsintensivierung werden wir in fünf bis zehn Jahren an den Roten Listen ablesen können. Herr Bartmer, wer dann in dieser Situation einer Intensivierung, einer Effizienzsteigerung auf Gunststandorten das Wort redet, legt die Axt an die Akzeptanz der

Agrarzahlen an. Wir müssen den Naturschutz auf allen Standorten integrieren. Hier die Schutzlandschaft, dort die Schmutzlandschaft funktioniert nicht. Sie können nicht hingehen und sagen: Wer produziert mir am billigsten die Feldlerche? Kriegt die Schwäbische Alb den Zuschlag, während ganz Sachsen-Anhalt,

Niedersachsen und andere Regionen auf Teufel komm raus produzieren können? Das kann aus ökosystemaren Gründen nicht funktionieren.

Prof. Dr. Maximilian Gege, B.A.U.M. e.V.: Man sollte bei der Wirtschaft ansetzen: Wenn wir Unternehmen beraten, geht es primär um Rohstoffproduktivität. Das Thema Biodiversität ist bisher nicht im Fokus. Gerade die vielen

Corinna Lampadius ist Betriebswirtschaftlerin, Journalistin und TV-Moderatorin. Sie moderiert unter anderem verschiedene Formate bei VOX, Spiegel TV Digital oder Spiegel Online, Podiumsdiskussionen oder Galas. Seit 2006 ist die Wahlhamburgerin Vorstandsvorsitzende des Vereins „Werte erleben“ und engagiert sich für mehr Wertebewusstsein in unserer Gesellschaft.



Mittelständler – wir haben 3,2 Millionen davon in Deutschland – können mit diesem Thema noch wenig anfangen. Mein Vorschlag wäre deshalb, für diese kleinen und mittleren Unternehmen einen Biodiversitätsleitfaden zu entwickeln, damit diese Unternehmen begreifen, welche Auswirkungen der Verlust langfristig hat.

bei der Produktion, bei der Anwendung, beim Gebrauch oder Verbrauch der Produkte. Wichtig ist aber, dass der öffentliche Druck da ist. Wir haben ihn heute beim Klimaschutz, aber noch nicht bei der Biodiversität. Deswegen ist es ganz wichtig, dass dieses Thema viel stärker in das Bewusstsein kommt – zum Beispiel durch

geschaffenen Dow Jones Sustainability Index. Die amerikanischen Pensionsfonds wählen inzwischen nach diesem Index aus, welche Aktien sie kaufen. Und hier geht es nicht in erster Linie um einen moralischen Anspruch, sondern darum, dass es ein klarer wirtschaftlicher Risikofaktor ist, wenn sich ein Unternehmen nicht um Umweltfreundlichkeit oder Sozialstandards kümmert. Wenn wir das auch in Hinblick auf Biodiversität schaffen, bekommen wir den nötigen Druck und Drive für dieses Thema.

Gege: Wir müssen auch stärker an die Schulen herankommen. Die Kinder sind ja die Konsumenten von morgen.

Prof. Dr. Ute Stoltenberg, Uni Lüneburg: Tatsächlich wird das Thema an den Schulen bisher nur vereinzelt angesprochen. Wir haben an der Universität Lüneburg beispielsweise Seminare zur Biodiversität, über Landwirtschaft und die Verantwortung, die man als Verbraucherin oder Verbraucher wahrzunehmen hat.

Es gibt aber viele Gestaltungsmöglichkeiten, wenn wir Biodiversität beispielsweise in den Kontext von Ernährung stellen und die Nutzpflanzen- oder die Nutztiervielfalt auf die Tagesordnung heben. Das sind Dinge, die regional interessant sind, die man thematisieren kann und die für Zusammenhänge sensibilisieren. Es geht erst einmal darum, wach zu werden,

wahrnehmungsfähig – das gilt zuallererst für die künftigen Lehrerinnen und Lehrer. Man muss die Zusammenhänge deutlich machen und sollte nicht nur einen einzigen Aspekt in den Vordergrund stellen. Der Klimawandel beispielsweise hat etwas zu tun mit Konsum, mit Ernährung, mit unterschiedlichen Lebensbereichen.

Otto: Vielen Dank, Frau Lampadius, für die gute Moderation. Ich darf auch allen Referenten und Diskussionsteilnehmern ganz herzlich für ihr Kommen und die vielen Anregungen danken. Ich denke, es ist klar geworden, dass die Bewahrung der Vielfalt der natürlichen Lebensformen ganz nach oben auf die umwelt-, wirt-

Akteur einbringen und auf Basis einer eigenen Position Mitstreiter für die Durchsetzung langfristiger Ziele gewinnen. Gemeinsam mit allen Stakeholdern werden wir dann sehen, was gerade wir von der Wirtschaft in Hinblick auf den Biodiversitätsschutz machen und wie wir die Wirtschaft begeistern können. Ich den-



Lampadius: Herr Dr. Otto, was würden Sie denn Unternehmern an dieser Stelle zurufen? Wie können diese das Thema mehr in den Mittelpunkt stellen?

Otto: Jedes Unternehmen kann an den eigenen Standorten darauf achten, Rücksicht auf Umwelt und Natur zu nehmen,

eine Quantifizierung, wie wir es beim Stern-Report gesehen haben. Da wurde plötzlich allen klar, dass Klimaschutz ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor ist. Hier bekommen wir Druck von der Nachfrageseite, von der Öffentlichkeit und seit einigen Jahren auch von der Finanzindustrie. Ich denke hier zum Beispiel an den 1999



Lampadius: Ich finde, das war ein schöner Appell zum Schluss. Und nun würde ich gerne Ihnen, Herr Dr. Otto, das Schlusswort erteilen.

schafts- und gesellschaftspolitische Agenda gehört. Und: Nur gemeinsam können Naturschutz und Landwirtschaft die Probleme lösen. Was nun gefragt ist, ist „Action“. Auch die Michael Otto Stiftung wird sich in dieses Thema zukünftig als



ke, wir haben heute einiges erreicht, um den Schutz der Vielfalt in Zukunft ein kleines Stückchen voranzubringen.

Die Hamburger Gespräche für Naturschutz

Auch in Deutschland gehen weiterhin wichtige Lebensräume verloren; auch hierzulande werden die natürlichen Lebensgrundlagen noch immer über die Grenzen ihrer Regenerationsfähigkeit hinaus belastet. Im internationalen Rahmen, gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern, gilt dies in noch weit höherem Maße. Um diese Entwicklungen stärker in das Bewusstsein der Gesellschaft zu rücken, veranstaltet die Michael Otto Stiftung seit 2004 die „Hamburger Gespräche für Naturschutz“.

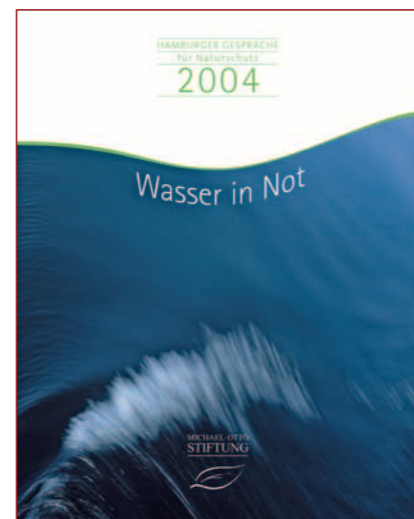
Dank ihrer guten Kontakte zu einer Vielzahl gesellschaftlicher Akteure im In- und Ausland sowie durch ihre politische Unabhängigkeit fungiert die Michael Otto Stiftung in diesem Prozess als Plattform und versammelt einflussreiche Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik an einem Tisch. Die Symposien dienen dazu, die gesellschaftliche Debatte über wichtige Umweltthemen zu beleben, ein Bewusstsein für die Belange des Naturschutzes zu schaffen und mit den namhaften Referenten und den engagierten Gästen integrierte nationale und internationale Lösungsansätze zu entwickeln. Die Gespräche ermöglichen so eine intensive gesellschaftliche Debatte weit über den Tag der Veranstaltung hinaus.

„Wasser in Not“

Aus gutem Grund ist Wasser eines der Schwerpunktthemen der Hamburger Gespräche, steht es doch bei der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen meist im Zentrum der Probleme. Diese wichtige

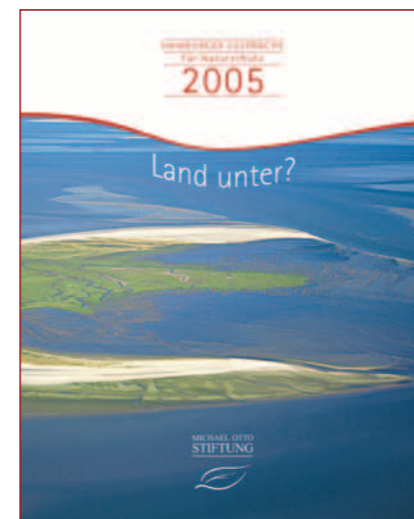
Ressource ist durch Übernutzung und Verschmutzung akut gefährdet. Bereits heute sterben mehr Menschen an den Folgen verseuchten Trinkwassers als durch Krieg oder an Aids. Weltweit ist in den vergangenen 100 Jahren etwa die Hälfte aller Feuchtgebiete zerstört worden. Da es sich hierbei um die vitalsten und artenreichsten Lebensräume handelt, geht dies einher mit einem unersetzlichen Verlust an Biodiversität. Infolge des Klimawandels wird das verfügbare Süßwasser an vielen Stellen der Welt noch ungünstiger verteilt sein. Dies birgt ein großes Konfliktpotenzial.

Diese Entwicklungen und mögliche Lösungsansätze – etwa in der Landwirtschaft und im Klimaschutz – beleuchteten namhafte Referenten im Jahr 2004 auf der Veranstaltung „Wasser in Not – Ein Symposium über die Gefährdung der Grundlage allen Lebens“.



„Land unter?“

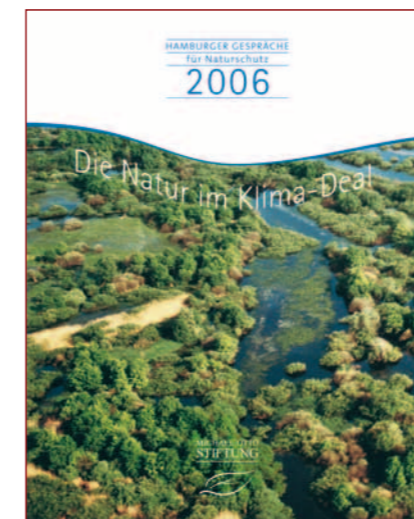
Bei den Hamburger Gesprächen 2005: „Land unter? – Ein Symposium über die Folgen des Klimawandels für den Natur- und Küstenschutz“ stand der Schutz und Erhalt des Lebensraums Wattenmeer im Mittelpunkt. Experten erläuterten die Auswirkungen des Klimawandels auf die Küstenregionen und diskutierten Ansätze, wie der Natur- und Küstenschutz reagieren können. Denn der Anstieg des Meeresspiegels gefährdet nicht nur Menschen und Wirtschaftsgüter im Küstenraum, sondern auch unwiederbringliche Naturgüter wie etwa das ökologisch äußerst wertvolle Wattenmeer. Bei dieser Entwicklung geraten die Ziele des Naturschutzes mit denen des Küstenschutzes sowie die Interessen der unmittelbar betroffenen Bevölkerung und der Wirtschaft in Konflikt.



Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen hat die Michael Otto Stiftung mit einer in 2006 gestarteten Initiative die relevanten Kräfte der Zivilgesellschaft für dieses Thema aktiviert und die Beteiligten aus Naturschutz, Küstenschutz, Politik und Wissenschaft in einem konstruktiven „Wattenmeerdialog“ an einen Tisch gebracht.

„Natur im Klima-Deal“

Bei den Fragen des Wasser- und Gewässerschutzes nimmt der Klimawandel eine entscheidende Rolle ein. Die Stiftung widmete diesem Thema daher die Hamburger Gespräche 2006: „Natur im Klima-Deal – Ein Symposium über die Chancen und Risiken der Investition in CO₂-Senken“. Damit die globale Erwärmung ein tolerierbares Maß nicht überschreitet, muss der Ausstoß klimaschädigender Gase sinken.



Auf dem Symposium standen die Chancen und Risiken der Investition in CO₂-Senken im Vordergrund – einer Strategie, bei der die Notwendigkeit zum Klimaschutz und zum Artenschutz aufeinandertreffen. Denn die artenreichsten natürlichen Lebensräume sind ganz überwiegend auch die produktivsten Senken – also Speicher – von CO₂. Das betrifft tropische Regenwälder ebenso wie boreale Moore oder Korallenriffe der Ozeane.

„Fisch ohne Schutz“

Kaum ein anderer Industriezweig hat so maßgeblich zur Zerstörung eines Lebensraums und des genetischen Erbes beigetragen wie die Fischindustrie. Weite Teile der Meere sind buchstäblich leergefischt. Neben den dramatischen Auswirkungen auf die Ökosysteme und die Biodiversität der Ozeane führt die Überfischung auch zu negativen Folgen für die Menschen:



Die Industriestaaten fischen mit ihren hochmodernen Fangflotten den Küstenbewohnern zahlreicher Entwicklungsländer ihre Existenz- und Nahrungsgrundlage weg. Und dennoch orientiert sich die europäische Politik im Wesentlichen an den Interessen der Fischereibranche.

Um die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen der Überfischung der Meere zu erörtern und Lösungsansätze zu diskutieren, trafen sich Fischerei-Experten, Wirtschaftsvertreter und Politiker zu den Hamburger Gesprächen 2007: „Fisch ohne Schutz“.

Die Dokumentationen der Hamburger Gespräche können Sie unter info@michaelottostiftung.de bestellen oder im Internet unter www.michaelottostiftung.de herunterladen.



Michael Otto Stiftung für Umweltschutz

Die Michael Otto Stiftung entwickelt Strategien und fördert Projekte für zukunftsweisende Perspektiven im Natur- und Umweltschutz. Um dieses Ziel zu erreichen, engagiert sie sich in drei unterschiedlichen Aktionsfeldern:

1. Förderung

Der derzeitige Förderungsschwerpunkt der Michael Otto Stiftung liegt beim Schutz von Fließgewässern und dem nachhaltigen Umgang mit Flusslandschaften. Bevorzugt werden Projekte, bei denen die eingesetzten Mittel langfristig und direkt dem Schutz der Natur zugute kommen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass der zu erwartende Projekterfolg beispielgebend ist und nicht auf regionale Wirksamkeit beschränkt bleibt. Der geografische Schwerpunkt liegt in Deutschland sowie im östlichen Europa, Nord- und Zentralasien.

Speziell junge Menschen unterstützt die Stiftung bei der Umsetzung ihrer eigenen „Aqua-Projekte“. Ziel ist es, die Eigeninitiative der Kinder und Jugendlichen im Bereich Naturschutz zu steigern und sie zu Verhaltensänderungen zu motivieren.

2. Bildung

Über Stiftungsprofessuren und die finanzielle Unterstützung von Forschungs- und Bildungszentren engagiert sich die Stiftung im Bildungsbereich. Die interdisziplinär ausgerichteten Stiftungsprofessuren widmen sich folgenden Zielen: Sensibilisierung der Studenten für umweltethische Fragen im gesellschaftlichen Handeln („Umweltethik“ an der Universität Greifswald), Diskurse über Nachhaltigkeit und globale Veränderungen („Sustainability and Global Change“ an der Universität Hamburg) und Erarbeitung wissenschaftlicher Ansätze für eine ambitionierte Klimapolitik und eine technologieorientierte Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls („Ökonomie des Klimawandels“ an der TU Berlin in Zusammenarbeit mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung).

Vorrangiges Ziel der geförderten Bildungs- und Forschungszentren ist es, möglichst weiten Teilen der Bevölkerung die Relevanz des Themas Naturschutz näherzubringen. In diesem Zusammenhang hat sich die Stiftung für das Michael Otto Institut im NABU (Bergenhäuser), das Nationalparkzentrum Königsstuhl (Rügen) und das Erlebniszentrum Naturgewalten (Sylt) engagiert.

Mit den „Aqua-Agenten“ initiiert und koordiniert die Michael Otto Stiftung ein Kooperationsprojekt, das Hamburger Grundschulern ein ganzheitliches Verständnis der wertvollen Ressource Wasser vermittelt. So erleben Kinder an faszinierenden Wasserorten in Hamburg und über Unterrichtsmaterial ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge.

3. Dialog

Von Beginn an hat sich die Michael Otto Stiftung auch als Moderatorin gesellschaftlicher Interessengruppen verstanden. Sie initiiert Gespräche und bietet eine neutrale Plattform für Dialogveranstaltungen, die Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen an einen Tisch bringen und pragmatische Lösungen für aktuelle umweltpolitische Fragen erarbeiten.

Neben den seit 2004 jährlich stattfindenden „Hamburger Gesprächen für Naturschutz“ engagiert sich die Stiftung im Rahmen verschiedener Dialogprojekte, um Lösungen in Bezug auf die Herausforderungen des Klimawandels zu entwickeln. Die „Berliner Klimaerklärung der Michael Otto Stiftung“ ist Ergebnis der „Berliner Klimadiskurse“ und diente 2007 als Ausgangspunkt der Gründung der Unternehmerinitiative „2° – Deutsche Unternehmer für Klimaschutz“.

Die Auswirkungen des Klimawandels für das Wattenmeer und die Wattenmeerregion stehen im Mittelpunkt des „Wattenmeerdialogs“. Auf Einladung der Stiftung haben Experten aus Natur- und Küstenschutz, Wissenschaft und Politik Lösungsszenarien diskutiert. Ein Positionspapier der Michael Otto Stiftung zeigt die Ergebnisse sowie notwendige nächste Schritte auf und wird Grundlage des weiteren Dialogprozesses sein, der 2008 gestartet ist.

Garant für die Umsetzung der anspruchsvollen Zielsetzung der Stiftung ist das Kuratorium, das mit führenden Persönlichkeiten maßgeblicher Umweltinstitutionen, der Wissenschaft und der Wirtschaft besetzt ist.

Dr. Michael Otto | Prof. Dr. Detlev Drenckhahn | Jochen Flasbarth
Prof. Dr. Christoph Leuschner | Dr. Johannes Merck
Prof. Dr. Andreas Troge | Olaf Tschimpke | Janina Vater

MICHAEL OTTO
STIFTUNG



Impressum

Michael Otto Stiftung für Umweltschutz
Wandsbeker Straße 3–7
22179 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 - 64 61 64 52
Fax: +49 (0)40 - 64 64 64 52
E-Mail: info@michaelottostiftung.de
www.michaelottostiftung.de

Konzept, Text und Gestaltung:
akzente kommunikation und beratung gmbh, München

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier.

Bildnachweise

Tagungsfotos: Wolfgang Huppertz, Hamburg
Umschlag, S. 6/7 und 38/39: Kolja Schoepe
S. 6 und 35: www.oekolandbau.de, © BLE, Dominic Menzler
S. 20 und 23: Gerd Ostermann, NABU
S. 25: Rainer Oppermann
S. 38: www.oekolandbau.de, © BLE, Thomas Stephan



MICHAEL OTTO
STIFTUNG

